

TATblatt



Malaysia: Dayak-UreinwohnerInnen vor Gericht

(far eastern economic review, ips, phoenix: aw)



Ein Keil treibt sich in den geschlossenen Wald

Zahlreiche Gruppen der Dayak-UreinwohnerInnen des malaysischen Bundesstaates Sarawak hatten in den Jahren 1986 und 1987 an Blockaden gegen Holzmultis teilgenommen, die den Regenwald rücksichtslos ausbeuten. Ende Oktober begannen nun ein Teil der Prozesse gegen die BlockiererInnen. Bereits Ende 1987 hatte der Premierminister, Malaysias, Dr. Mohamad Mahathir, zum großen Schlag gegen jede Opposition ausgeholt; binnen

weniger Tage wurden führende Personen der Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Umwelt- und VerbraucherInnenverbände, Menschenrechtsgruppen und verschiedener Kirchen nach dem "Internal Security Act" willkürlich verhaftet. Zuvor war die Kritik an der Politik Mahathirs gewachsen, deren Teil die rücksichtslose "Entwicklung" des Landes durch Multis ist. In Sarawak

Fortsetzung Seite 3

Außerdem in diesem TATblatt

GENTECHNIK Teil 2
Die patentierte Supersäu und andere Manipulationen

Müllhalde Afrika

Unzureichende Soziale Absicherung bei berufsbedingten Hautkrankheiten

Bau der Pyhrnautobahn gefährdet Ausbau der Eisenbahnstrecke

FEST!
Mittwoch 14. Dezember
TU-Elektrotechnik-Institut
Wien 4, Gußhausstraße 25

EDITORIAL
?



hollali halalo
(ein editorial)
an der letzten tatblattnummer hat uns nichts gefallen.
nichts wurde durch eure kritiken und Anregungen verbessert.
nichts wird mehr gearbeitet.
die vorliegende minus-nummer ist ein weiterer hupfer auf
unserem weg zum zweitaglichen psychiatriesbesuch mit dem
tatblatt in der rechten hand.
diesmal eine neuerung:
letztes mal legten wir einen erlagschein der minusnummer bei.
diesmal sind es zwei.
geld brauchen wir und das nicht kurz.
alle, die einen baustein (70 schilling) kaufen, dürfen mit
diesem stein eine geschäftsauslagenscheibe einwerfen
(früher: einhauen).
falls du frecherweise bis jetzt 0 uhr 24 das tatblatt gratis
bekommen hast ist dir in betracht deiner körperlichen
und diplomatischen konstitution anzuraten, zu zahlen
(deutsch: zu brennen).
schreibe dir in deinen alternativen terminkalender:
offenes fest am
22. oktober 1995 im freien
und
ein fest auch noch, das früher stattfindet, aber erst in
der nächsten nummer wird der genaue termin bekanntgegeben
(-spannung-).
hochzüglichen (hoch den nebenbahnen) dank
für ihre hochzügliche (denkt noch einmal an die
nebenbahnen) aufmerksamkeIt.

merke!
wir sind sehr jung und die welt steht uns offen.
oder
eine wahre begebenheit aus st.pölten, der ewigen stadt.
eine laue sommernacht in st.pölten
sie: aids
er: syphillis
beide wünschen sich einen stinknormalen tripper.

stephan eibel

Man hat es uns ja gesagt!
Wir werden eines Winters in
eiskalten Kellern frieren und
unsere Zeitungen mit der Hand
schreiben müssen, wenn nicht
Zwentendorf, wenn nicht Hain-
burg, ...
Und wirklich: Der Thermometer
in unserem neuen Redak-
tionskeller zeigt matte 12°C,
die meisten Redaktionsleute
liegen schon mit Grippe im
Bett und der Computer hat
auch schon einen Virus er-
wischt. Einen Virus, der sich
zB durch Datenübertragung in
Computerprogramme schleicht
und Fehler in Programme
einpflanzt. So kam es, daß
sich der Computer immer mehr
verselbständigt und durch
vollautomatisiertes Löschen
mühsam eingetippter Texte
brilliert. Auch das
Ausdrucken funktioniert nicht
in der gewünschten Form.
Während des Tippens dieser
Zeilen läßt sich noch nicht
abschätzen in welcher Form
die Zeitung schließlich wohl
produziert worden sein mag.
Ob es gelang andernorts die
Textfahnen zu drucken, ob die
Zeitung ein schreckliches
Flickwerk verschiedener
Schriftarten wurde, oder wie
auch immer.
Fest steht: sie ist eine Wo-
che zu spät.
An der Behebung der Schäden
wird gearbeitet.
Wir bitten um Verzeihung,
und um: Geld, Spenden, Sach-
spenden (Schreibmaschine, Bü-
romaterial, ...), InformantIn-
nen, Artikel, Reaktionen,
MitarbeiterInnen, Heizung,
Geld, und überhaupt.

Nicht vergessen: Das TATblatt
wird ab der nächsten Nummer
nicht mehr kostenlos an alle
Interessierten zugeschickt.
Nur der Kauf eines Bausteins
um S70.- sichert den weiteren
regelmäßigen Bezug des
TATblatts.

~~EDITORIAL~~

zum editorial:
das e. ist diesmal wiederum nicht demokratisch.
eibel hat es geschrieben, ein mann, der sich nur wichtig
machen will. ein mann, der sich nur auf unsere kosten
(steuerzahlerInnen) profilieren will (siehe psychologiebuch
nummer 7 seite 4 absatz 5: profilierungsneurose wie seite 8
absatz 1 profilierungsneurotiker - querulant.
er verdient für seine kolumne 60 000,- und das noch schwarz
(siehe schwarzarbeit in österreich: bundeskanzleramt usw.).
diese zeitung geht diesmal aufs ganze.
wir sind total kritisch geworden
(bis zum linken flügel der övp).
endlich haben wir es geschafft.
falls noch jemand ein parteibuch der fpö hat, so möchten wir
diesen menschen nur beglückwünschen. denkt an eure zukunft
und eure kinder und auch ihr werdet opportunisten, also nazis.

- merke:
1. kämpft und seid ernst
 2. lacht niemals
 3. denkt nicht schlecht über die polizei
 4. denkt an überhaupt nichts mehr
 5. scheisst euch nicht in die hosen
 6. scheisst euch nichts mehr.

stephan eibel

Achtung!
Stefan Eibel, eine Leihgabe
der Grazer AutorInnenversamm-
lung die für den linken Teil
dieser Seite verantwortlich
zeichnet, ist fortan ständi-
ger Kolumnist im TATblatt.

MALAYSIYA: DAYAK- UREINWOHNER/INNEN VOR GERICHT

(Fortsetzung von Seite 1)

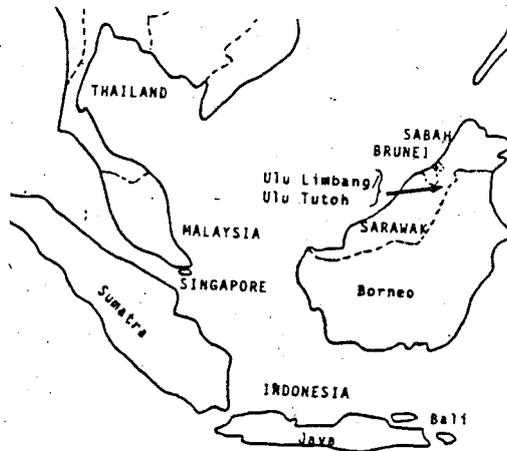
plündern die Holzmultis in rasendem Tempo die Regenwälder, und Regierungsmittelfederverdienen als Konzessionsinhaber daran. Allein der Umweltminister von Sarawak, Wong, besitzt private Nutzungsrechte für 300.000 ha Wald. Übertroffen wird er darin allerdings von Chief Minister Datuk Patinggi Abdul Taib Mahmud, der 1,6 Mio. ha kontrolliert, und von ex-Gouverneur Tun Abdul Rahman Yakub mit 1,25 Mio. ha. Gegen diese skrupellose Politik wehren sich die Dayak, deren Lebensraum zerstört wird. Sie sind die Opfer der rasanten Entwaldung. Ihre Lebensweise und Kultur wird mit der Zerstörung der Umwelt vernichtet.

Umweltminister Wong hat für Bedenken keinen Sinn: "Es gibt zu viel Sympathie für die Dayaks. Ihr Wanderfeldbau-Lebensstil muß ausradiert werden. Viele von ihnen werden die abgelegenen Landhäuser verlassen müssen."

Unterstützen erhalten die Dayaks von malaysischen Umwelt- und Bürgerrechtsorganisationen, wie

Sahabat Alam Malaysia (Freunde der Erde Malaysias), der Environmental Protection Society Malaysia und der sozialreformerischen Bewegung ALIRAN.

Das harte und unnachgiebige Vorgehen der Regierung hat auch in Europa zu einer starken Solidarisie-



(ips; phoenix)36

rung mit den Dayaks geführt. Eine Kampagne gegen malaysisches Tropenholz und Öffentlichkeitsarbeit sollen den malaysischen Gruppen einen größeren Handlungsspielraum verschaffen.

Sollte die Regierung Mahathir nicht gestoppt werden, wird wahrscheinlich 1996 der gesamte malaysische Regenwald vernichtet sein. Bereits heute müssen die ehemaligen Holzexporteure Thailand und Philippinen Holz aus den Nachbarstaaten einführen.

Kontakte: Gesellschaft für bedrohte Völker - Schweiz, Käfiggasse 32, CH-3000 Bern
Freunde der Erde, Reinlgasse 34/28, 1140 Wien

ECUADOR: ÖLBOHRUNGEN GEFÄHRDEN NATIONALPARK

Ölgesellschaften, zunehmende Besiedelung und Tourismus drohen Ecuadors größten Nationalpark "Yasuni" zu zerstören. Wie die regierungsunabhängige Umweltorganisation "Nature Foundation" (Natur Stiftung) berichtet, haben vier internationale Ölgesellschaften große Gebiete des Parks zur Exploitation zuerkannt bekommen. Besonders das Conoco-Overseas-Diamond-Nameco- und Braspetro-Konsortium ist mit den Bohrungen am weitesten fortgeschritten und plant die verschiedenen Bohrstellen durch Verkehrswege zu verbinden. Die Straßen würden durch den Nationalpark führen und sowohl die Ökologie des Parks, als auch die dort lebenden Huaorani-Indianer gefährden.

"Bis jetzt wurden in dem Gebiet Straßen ohne Rücksicht auf die ökologischen Auswirkungen gebaut; sie gehen zick zack durch das Land der IndianerInnen und durch geschützte Gebiete", erklärte Rafael Velez, Präsident der Natur-Stiftung. Die Stiftung schlägt vor, eine Pufferzone um den Park zu schaffen und ein Schutzgebiet innerhalb des Parks anzulegen. Sie würde den Bau weiterer Straßen durch den Nationalpark verhindern. In Zukunft sollte nur eine überirdische Öl-Pipeline gebaut werden.

Der Yasuni, ein Nebenfluß des Napos - beide führen durch den Nationalpark - wurde 1976 zum ersten Mal von Capuchin Missionaren befahren, um mit den Huaorani IndianerInnen Kontakt aufzunehmen. Jetzt kommt eine Vielzahl von TouristInnen in das Gebiet: Sie fischen, jagen und besuchen die Huaorani IndianerInnen. "Heute ist der Fluß ausgeplündert und fast tot", erklärte ein Missionar gegenüber IPS.

Der 679.730 Hektar große Yasuni Nationalpark befindet sich in dem ecuadorischen Urwaldgebiet nahe der peruanischen Grenze. In dem Park leben 500 Vogel- und Fischarten sowie 100 verschiedene Säugetierarten.

was letztes Mal alles schief lief....

Richtigstellung

In TATblatt Minus-100 berichteten wir über drei in Schubhaft befindliche Türken. Diese Information erwies sich kurz nach Drucklegung der Zeitung als falsch. Vielmehr war es den drei türkischen Oppositionellen gelungen, vor ihrer Verhaftung unterzutauschen. Inzwischen befinden sie sich im Flüchtlingslager Traiskirchen.

ERGÄNZUNG:

Beim Layout ging folgende Bildunterschrift und der Name einer Autorin verloren:

Die Bilder zum Nicaragua-Solidaritätsaufruf stammen von Miguel Reyes/APIA

Der Artikel "1938-1988" stammte von Elisabeth Klamper vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands.

ZAHLE DER UMWELTFLÜCHTLINGE NIMMT STÄNDIG ZU!

(phoenix;TATblatt)



Haiti: ehemaliger Mangrovenwald

"Menschen auf der Flucht vor der Umweltzerstörung bilden heute weltweit die größte Flüchtlingsgruppe", erklärt Jodi Jacobson, eine ranghohe Forscherin vom "Worldwatch Institute" in Washington. Über diese neue Flüchtlingsbewegung veröffentlichte sie vor kurzem eine Studie mit dem Titel "Umweltflüchtlinge: ein Maßstab für die Bewohnbarkeit".

"In der ganzen Welt sind große Gebiete für die Menschen unbewohnbar geworden. Der Raubbau in der Landwirtschaft hat die Ökosysteme in der Dritten Welt so weit geschwächt, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Bevölkerung zu ernähren", heißt es in der Studie. Gleichzeitig haben riskante Technologien - menschenkenne an Bhopal, Tschernobyl u.ä. - zu Unfällen geführt, die ganze Landstriche auf Jahre hinaus unbewohnbar machen. Am größten sind die Auswirkungen von Umweltzerstörungen in jenen

Entwicklungsländern, in denen die große Mehrheit der Bevölkerung zu den "armen Bäuerinnen und Bauern" zu zählen ist. So leben rund 50 Millionen Menschen in Gegenden, die ernsthaft durch die ständige Ausweitung der Wüste betroffen sind. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern in diesen Gegenden verlieren ihre Existenzgrundlage. Die Grundversorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Heizstoffen kann dort nicht mehr gewährleistet werden.

"Unnatürliche Katastrophen" - natürliche Vorgänge, deren Auswirkungen durch menschliches Handeln verschlimmert werden - sind als zweitgrößter Faktor für die steigende Zahl der Umweltflüchtlinge verantwortlich. Durch menschliche Einwirkungen auf Böden und Wälder sind die Ökosysteme weniger in der Lage, natürliche Schwankungen zu verkraften.

"Die Abholzung von Wasserscheiden bedingt in vielen Ländern der Dritten Welt eine Zunahme von verheerenden Überschwemmungen", erklärt die Autorin in der Studie. Die jüngsten schweren Überflutungen in Bangla Desh waren die Folge des starken Monsunregens über der Wasserscheide des Gangesflußsystems im Himalaja. 25 Millionen Obdachlose, 1200 Ertrunkene und Hunderttausende Erkrankungen durch verseuchtes Trinkwasser und Nahrung sind die Bilanz der Überschwemmung. Auch die Auswirkungen von Erdbeben, Wirbelstürmen und ähnlichem ziehen weltweit immer mehr Menschen in Mitleidenschaft. "Die ansteigende Zahl von Umweltflüchtlingen ist wahrscheinlich der beste Maßstab für die weltweite Umweltzerstörung", meint Jacobson. Derzeit gibt es bereits über 10 Millionen Umweltflüchtlinge.

INDONESIEN UND PHILIPPINEN SCHRÄNKEN GEBRAUCH VON SPRITZMITTELN DRASTISCH EIN



Reisanbau in Jawa, Indonesien

(far eastern economic review, frankfurter rundschau, i3w, phoenix; aw)

Die beiden südostasiatischen Länder haben nun die Konsequenzen aus den katastrophalen Erfahrungen mit der "Grünen Revolution" gezogen. Durch übermäßigen Pestizidgebrauch war es zu massenhaften Vergiftungserscheinungen bei Landbewohnern gekommen, während sich Schädlinge epidemisch ausbreiteten. In den letzten Jahren hatten zahlreiche Organisationen darauf hingewiesen, daß in Industrieländern verbotene Chemikalien von Chemiekonzernen in Malaysia, den Philippinen, Indonesien und anderen Ländern ungehindert zur Schädlingsbekämpfung vertrieben werden. Einige der größten "Übeltäter" waren und sind Ciba Geigy, Dow Chemical (Lieferant von "agent orange" im Vietnam-Krieg), Shell und die westdeutsche Schering AG. Die Consumer Association of Penang und Sahabat Alam Malaysia (Freunde

der Erde) stellten fest, daß einem Großteil der malaysischen Kleinbauern/bäuerinnen die Gefahren der Anwendung von Pestiziden nicht bewusst sind, aber ca. 50% über typische Vergiftungssymptome klagen. Besonders gefährlich ist die Arbeit auf den Plantagen der Agrarmultis; Del Monte Ananas aus den Philippinen werden bis zur Ernte bis zu 52 mal gespritzt, wobei regelmäßig hochtoxische Substanzen angewendet werden. In den Bananen-Plantagen von Castle & Cook (Markenname "Dole") suchen ArbeiterInnen unter den Blättern der Stauden vor den Sprüh-Flugzeugen Schutz, und müssen die giftigen Früchte ohne Schutzkleidungen ernten. Doch noch schwerwiegender ist, daß durch die "genormte Produktion" in Monokulturen zunehmend die Versorgung mit Basisprodukten, vor allem mit Reis, in Frage gestellt wird. Enorme Ernteaufschläge wurden in den letzten Jahren von der Braunen Reiszickade verursacht, die vor 20 Jahren nicht sehr verbreitet war. Durch den enormen Einsatz von

Spritzmitteln wurden die natürlichen Feinde vernichtet, während die Zickaden rasch resistent wurden. Immer neue Hybridreissorten und spezialisiertere Gifte mußten entwickelt werden. Doch nach dem Massenbefall der Reisfelder in den Jahren 1983/84 in Jawa/Indonesien war das endgültige Debakel absehbar.

Die indonesische Regierung reagierte vorerst als einzige auf die Empfehlung des International Rice Research Institute (IRRI, Sitz in Manila/Philippinen) zu einer "Integrierten Schädlingsbekämpfung" (Integrated Pest Management/IPM) überzugehen. Nach dem IPM Programm sollen wieder natürliche Feinde gegen Schädlinge eingesetzt werden; chemische Schädlingsbekämpfungsmittel werden nur im Notfall verwendet.

Indonesien verbot 1986 immerhin 57 Pestizide, nur mehr 10 sind zum Verkauf zugelassen und stark eingeschränkt. IPM und Fruchtwechsel statt Monokultur ließen den Chemieverbrauch erheblich zurückgehen, während die Erträge ungefähr gleich blieben. Indonesien erspart sich jährlich 50 bis 60 Mio. US-\$ gegenüber den Vorjahren.

Dies dürfte auch ein erheblicher Anreiz für die Philippinen gewesen sein, das "dreckige Dutzend" der gefährlichsten Gifte zu verbieten. Allein auf den Philippinen wurden bis jetzt 111 landwirtschaftliche und 101 Haushaltspestizide um jährlich 66 Mio. US-\$ umgesetzt. Insofern ist das philippinische Vorgehen nur ein zarter Anfang und nicht mit Indonesien zu vergleichen. Mittlerweile beteiligen sich auch Malaysia und Indien versuchsweise an IPM; allerdings sind in Malaysia noch immer 1300 Pestizide am Markt. Vietnam und die VR China erwägen einen Umstieg auf IPM.

Wesentlich zu diesem internationalen Umdenken in der Landwirtschaft hat das PAN - Pestizide Action Network - das stes die Methoden der Pestizidhersteller und die Auswirkungen der "Grünen Revolution" publiziert gemacht und kritisiert hat. PAN wird in Österreich unter anderem vom Österr. Informationsdienst für Entwicklungspolitik (Tuchlauben 8, 1010 Wien) vertreten.

Bei uns ist absolut kein Platz mehr dafür und für euch ist sicher noch allerhand Brauchbares dabei



MÜLLHALDE AFRIKA

(phoenix, Ökologie-Inst.; cp)

Sieben Frachter sind es schon, die wie Geisterschiffe Italien umkreisen. Anlegen dürfen sie nicht, dafür sorgen die AnrainerInnen bei den geringsten Versuchen, indem sie, im wahrsten Sinne des Wortes, auf die Barrikaden steigen (oder solche bauen). Grund sind die höchst gefährlichen Ladungen, die diese Schiffe mit sich führen. Es handelt sich um italienischen Industriemüll, der aus Nigeria, aber auch aus anderen Ländern, zurückgeholt werden mußte, nachdem eine Reihe von Skandalen aufflog.

Immer mehr macht sich in letzter Zeit die Tendenz bemerkbar, daß europäische Länder und die USA versuchen, so viel Giftmüll wie nur möglich - legal oder illegal - in die Länder der Dritten Welt zu exportieren, um sie dort lagern zu können. Die schärferen Kontrollen, zurückzuführen auf den zunehmenden Druck der Bevölkerung und die teure Lagerung in den Herkunftsländern Frankreich, Italien, Großbritannien, USA etc., führten von Seiten der Industrieländer zur Suche nach einer billigeren und einfacheren Lösung. Billiger ist die Lösung, den angesammelten Giftmüll zu verschicken auf jeden Fall; einfach wird sie mit einigen wenigen Ausnahmen, wie zum Beispiel Nigeria, auf Grund der hohen Verschuldung jener Länder, aber auch durch Korruption, auch in Zukunft wahrscheinlich bleiben.

Wenn der Preis stimmt ...

Kostet eine Tonne Giftmüll auf einer Deponie in der BRD 350-400 DM, so

würde die gleiche Menge in Guinea Bissau auf nur 40 DM kommen. Grund für den eklatanten Preisunterschied ist die geringe Kontrolle bzw. die Illegalität dieser Lagerungen - Grube auf, Giftmüll rein, Grube zu - die beste Grundlage für verseuchtes Grundwasser, vergifteten Boden und damit verbundene Giftrückstände in Nahrungsmitteln, um nur einige Auswirkungen anzuführen.

Aber auch wenn die Deponien nicht illegal sind, ersparen sich die Industrieländer noch immer genug Geld bei der Unterbringung ihres selbstproduzierten Giftmülls, denn viele Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sehen sich gezwungen, Giftmüll im Tausch gegen Finanzhilfe zur Deckung ihrer Auslandsschulden anzunehmen. Doch genau so wie beim Handel zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern wird, auch hier ein höchst ungleicher Tausch vorgenommen.

So hat zum Beispiel der westafrikanische Staat Benin ein geheimes Abkommen getroffen, das die Abnahme nuklearer Abfälle für die Dauer von 30 Jahren zusichert. Als Gegenleistung gibt es finanzielle Unterstützung (ev. auch in Form von Bestechungsgeldern) für ein Militärregime. Es gibt keine Hinweise auf Sicherheitsvorkehrungen für die zu errichtenden Deponien, und es ist auch nicht bekannt, ob die Bevölkerung auf irgendeine Art und Weise davon in Kenntnis gesetzt wurde.

Andere Lösungen bleiben nicht aus!

Kommt aber für einen Teil des Giftmülls weder die illegale Beseitigung,

noch die Abnahme durch ein anderes Land in Frage, so stehen noch mindestens zwei andere Lösungen zur Auswahl von denen genug Firmen - in den meisten Fällen multinationale Konzerne - und Regierungen Gebrauch machen. Da gibt es zum Beispiel die Möglichkeit, jene Produktionsverfahren in Entwicklungsländer auszulagern, die eine hohe Giftmüllausscheidung haben. Oder Unternehmen kaufen Fertigprodukte in anderen Ländern, deren Herstellung im eigenen Land zu große Giftmüllprobleme schaffen würde.

Österreichs Mülltourismus

Zwar exportiert Österreich seine Giftmüllprodukte sehr selten in die Länder der Dritten Welt, was aber nicht bedeutet, daß sie nicht exportiert werden, und daß es keine illegalen Verträge und Geschäfte gibt.

Österreich hat seine Hauptabnehmer in den osteuropäischen Ländern gefunden. Auch auf diesem Gebiet ist sicherlich vieles noch nicht aufgedeckt, doch als Beispiel für die Geschäftspraktiken sei hier die Brunnenverseuchung in Mosonmagyaróvár angeführt.

Mosonmagyaróvár, eine Stadt in der Nähe von Hegyeshalom, wurde 1986 von einer Verseuchung des Grundwassers durch Schwermetalle bedroht.

Für die Verseuchung verantwortlich war eine seit mehreren Jahren aufgelassene Schottergrube, die von dem Entsorgungsunternehmen Flexum als Deponie betrieben wurde.

1985 wurde ein Vertrag mit der österreichischen Entsorgungsfirma Müllabfuhr-, Transport und Handelsges.m.b.H. mit Sitz in Peggau/Stmk. über die jährliche Lagerung von 60.000 Tonnen Müll abgeschlossen. Im Vertrag wurde der ungarischen Firma zugesichert, daß es sich um keine gefährlichen Abfälle handeln würde.

Durch eine Untersuchung im darauffolgenden Jahr wurde festgestellt, daß die sogenannte "Tannenasche" stark überhöhte Schwermetallwerte aufwies, die nicht auf natürliche Holzmasse zurückgeführt werden konnten.

In Wirklichkeit handelte es sich um die Schlacke der Müllverbrennungsanlage der Firma Leykam - Mürztaler AG (steirische Papierfabrik), deren Ablagerung in Österreich durch die zuständige Behörde verboten worden war.

SCHWEIZ: KAMPAGNE GEGEN GESCHÄFTE MIT SÜDAFRIKA

(Neue Zürcher Zeitung)

Die Kampagne "Kein Geld für Apartheid" soll die drei größten Schweizer Banken zwingen, ihre Geschäfte mit Südafrika einzustellen. In einer Erklärung forderte unter anderem der SP-Nationalrat Paul Rechtsteiner die KundInnen der Geldinstitute auf, ihre Konten bei diesen Banken aufzulösen.

INFORMATIONSBLATT

209 ÷ 88 AWO

Bei der Enthüllung des Denkmals gegen Krieg und Faschismus von Alfred Hrdlicka am 24. November kam es zu Ausschreitungen der Wiener Polizei gegen eine Gruppe homosexueller Frauen und Männer, die auf einem rosa Transparent darauf aufmerksam machten, daß die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus bis heute weder ideelle noch materielle Wiedergutmachung erhalten haben.

von Rudolf Katzer

TRAUSSEN-LILA-VILLA
1060 WIEN 10
LINKE WIENZÄHLE 102

So hat die II. Republik die an Homosexuellen begangenen Verbrechen der Nationalsozialisten indirekt gebilligt, indem zwischen Kriegsende 1945 und "Kleiner Strafrechtsreform" 1971 der unter Hitler verschärfte §129 StGB -also ein Nazigesetz- beibehalten wurde. Somit waren bis 1971 homosexuelle Handlungen generell strafbar. Als der §129 von einer sozialdemokratischen Mehrheitsregierung abgeschafft, aber -unter dem Druck der Eisenstädter Bischofskonferenz- durch vier neue, diskriminierende Sondergesetze ersetzt wurde, war ich 18, d.h. daß ich seit mind. vier Jahren nicht wußte, wohin mit meinen homosexuellen Empfindungen.

Bei der Enthüllung des Denkmals gegen Krieg und Faschismus hat sogar Dr. Erika Weinzierl in ihrer Ansprache vergessen, der homosexuellen KZ - Opfer zu gedenken, ebenso wie alle anderen Redner; insbesondere seien die Repräsentanten der großen heimischen Religionen genannt, Bischofsvikar Josef Zeiningner, Superintendent Mag. Werner Horn und Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg. Weil dieses Verschweigen System hat, auch bei Mauthausen - Gedenkfeiern von sogenannten "Antifaschisten" geübt, haben es sich die Homosexuellen Initiativen Österreichs zur schönen Gewohnheit gemacht, bei solchen Anlässen mit Transparenten und Flugblättern dem Gedächtnis auf die Sprünge zu helfen. Regelmäßig werden wir dort von sogenannten "Antifaschisten" aufgefordert, unser Transparent einzurollen, was wir regelmäßig ablehnen, worauf sich regelmäßig sogenannte "Antifaschisten" finden, die uns beleidigen und beschimpfen.

Am 24. November wurden die Aktivist/inn/en der HOSI -Wien von zwei Polizisten (eigeninitiativ?) aufgefordert, ihr Transparent mit der Aufschrift

"TAUSENDE HOMOSEXUELLE KZ - OPFER
WARTEN AUF IHRE REHABILITIERUNG"

zu entfernen. Dann kam der Einsatzbefehl für die Polizei via Funk vom Podium, wofür es Zeugen gibt: "Holt's den Rothaarigen raus, der die Flugblätter verteilt." Zuerst wurde gegen die friedlichen Demonstranten von Aegidi/Spalo vorgegangen, wobei es zu Sprechchören und Festnahmen kam, was bekannt sein dürfte, weil es die Medien erwähnten. Dann wurde das rosa Transparent den schwul-lesbischen Aktivist/inn/en, welche sich tapfer wehrten, von 20 bis 30 Polizisten mit Brachialgewalt entrissen, wobei eine der beiden Transparentstangen aus Leichtmetall abgebogen wurde; die andere Stange und das Transparent wurden von den Beamten einbehalten. Eine Aktivistin begann -unterstützt von einigen anderen Stimmen- spontan zu schreien: "Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!", worauf sie einige Beamte festnehmen wollten, was nur verhindert wurde, weil sich Aktivist/inn/en dazwischen drängten und sie von Freund/inn/en zurückgerissen wurde. Ich habe nicht mitgebrüllt, weil ich lieber eine schwul-spezifische Parole gehabt hätte, und weil ich Angst hatte; weniger vor der Polizei, als vor der andächtigen Menge. Oberstleutnant Neugeborn, der Einsatzleiter, verweigerte jede Begründung für den vermutlich illegalen Polizeieinsatz mit der Begründung, er habe keine Zeit. Wohl um dies glaubwürdig zu machen, und offensichtlich um den Fragen, die auf ihn einstürzten

auszuweichen, eilte er geschäftig auf dem Platz hin und her und drum herum, ständig gefolgt von einem Häufchen Aktivist/inn/en, die verbogene Transparentstange wie ein Mahnmal in ihrer Mitte. Ich lief zeitweilig mit. Am Rande aufgeschnappt, ein Polizist zum andern: "Schau, die gengan hinter'm Oidn her wie die Anterln." Zur zunehmenden Erheiterung von Aktivist/inn/en und Zuschauer/inne/n dauerte das groteske Spiel wohl eine Stunde, ehe der verfolgte Oberstleutnant mit der Dienstnummer 66 einen Haken schlug und ins Fluchtauto BP 77 sprang.

Viele Zuschauer/innen haben sich spontan solidarisiert. Vom Podium dagegen ist der Einsatzbefehl gekommen anstelle der Solidarität, die ein antifaschistisches Bewußtsein erfordert hätte. Keine/r der Redner/innen hat der Polizeiaktion Einhalt geboten. Das macht mich fassungslos gegenüber dem Haufen, der sich "Antifaschisten" nennt. Ich meine:

"Wer auf die homosexuellen Nazi-Opfer vergißt,
ist niemals wirklich Antifaschist!"

Dieser Satz läßt sich übrigens auch auf andere "vergessene" Gesellschaftsgruppen, Opfer des Nazi - Regimes, anwenden.

Besonders zu denken gibt mir die Systematik, mit der dieser Zwischenfall aus Fernsehen -obwohl gefilmt- und Printmedien ausgeblendet wurde, obwohl die HOSI -Wien wenige Stunden danach eine Presseausendung über APA laufen ließ. Nie -in den letzten 8 Jahren- fand ich die Agitationsworte TOTGESCHLAGEN - TOTGESCHWIEGEN, angewandt auf Homosexuelle und unser aller Homosexualität, so aktuell und angebracht wie heute. Es ist mir fast so, als hätte sich in der grün-alternativen/antifaschistischen Bewegung eine gequält-gelangweilte Stimmung breitgemacht, die für mich in den Sätzen 'rüberkommt: "Laßt sie doch! Schau gar nicht hin. Die haben schon genug Wirbel gemacht." Und man/frau hält sich dabei für radikal und/oder fortschrittlich und merkt dabei nicht, wie reaktionär und diskriminierend es ist, gegen diese stillschweigende Übereinkunft zu schweigen, nicht laut zu rebellieren. Gern hätte ich am 24. November auf die weihevollte Stimmung geschissen. Sie hat mich zwar nicht erfaßt, aber sie hat mich gelähmt, weil mir das Gedenken meiner jüdischen Freunde heilig ist und weil ich nicht nur als Schwuler Antifaschist bin.

Sicher müßten in Zukunft solche Kundgebungen mit den antifaschistischen Komitees und dem KZ-Opfer-Verband abgesprochen werden, doch können mangelnde Absprachen wohl kaum als Ausrede für die nicht erfolgte Solidarisierung gelten.

Am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte werden im ehemaligen KZ -Mauthausen Mitglieder der HOSI -Linz einen Kranz niederlegen, wie jedes Jahr seit '84, seit die Homosexuellen Initiativen den ROSA WINKEL -Gedenkstein erkämpft haben. Zum selben Tag hat amnesty international zum Gedenken ins ehemalige Nebenlager des KZ -Mauthausen Ebensee gerufen: "ai" weigert sich bis heute standhaft, sich für Gefangene einzusetzen, die wegen ihrer Sexualität verfolgt und in manchen Staaten mit Todesstrafe bedroht werden.

AMNESTY

BOYKOTT

Schon seit 1974 diskutiert AMNESTY INTERNATIONAL die Frage, ob sie Homosexuelle, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung inhaftiert sind, als "Gewissensgefangene" anerkennen soll. Auf der Internationalen Rats - Tagung (IRT) von 'ai' 1985 in Helsinki brachte die österreichische 'ai' -Sektion einen Antrag ein, demzufolge das 'ai' -Mandat auf Homosexuelle ausgedehnt werden sollte, die aufgrund homosexuellendiskriminierender Gesetze inhaftiert sind. (Text: Kurt Krickler, Überarbeitung: Rudolf Katzer)

Dieser Antrag war auf der Generalversammlung der österreichischen Sektion von 'ai' im Mai 1984 von der St. Pöltener 'ai'-Gruppe 79 eingebracht worden. Später beschloß der Vorstand von 'ai'-Österreich, ein zu diesem Zweck gegründeter Arbeitskreis "Inhaftierte Homosexuelle und ai" solle ein Diskussionspapier erstellen, um den österr. Antrag in Helsinki zu unterstützen. Im Mai 1985 war der Bericht fertig, eine fundierte Arbeit, die dem Vorstand der österr. Sektion nicht paßte und daher zurückgewiesen wurde. Aus diesem Grund stand auch der Übersetzungsdienst von 'ai'-Österreich dafür nicht zur Verfügung.

Der IRT in Helsinki lag noch ein zweiter Antrag zu dieser Frage vor, u.zw. jener der niederländischen Sektion, der zwei Dinge forderte: 1) sollte die IRT das Internationale Exekutivkomitee von 'ai' beauftragen, bis zur nächsten IRT 1987 in La Paz (Bolivien) eine Studie über die Inhaftierung von Schwulen und Lesben aufgrund von ihre sexuelle Orientierung diskriminierenden Gesetzen oder aus anderen Gründen vorzulegen; 2) sollte bis dahin jede/r wegen Homosexualität Inhaftierte als Gewissensgefangene/r angesehen werden.

In Helsinki zeichnete sich starker Widerstand gegen diese Anträge ab. Der österr. Antrag wurde zurückgezogen, um nicht den niederländischen Kompromiß-Antrag zu gefährden. Dieser wurde um den wichtigeren zweiten Punkt gekürzt und angenommen; -eigentlich die österreichische Lösung: Man setze eine Kommission ein, damit man wieder eine zeitlang Ruhe hat.

Nachdem die HOSI-Linz einen aktuell wegen § 209 StGB (Schutzalter 18 Jahre) Inhaftierten ausfindig gemacht hatte, wurde dieser Fall an das Londoner Sekretariat von 'ai' weitergeleitet, mit der Anforderung, diesen Mann als Gewissensgefangenen zu adoptieren. Bei § 209 StGB handelt es sich eindeutig um eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechts einer Person (Schutzalter 14 Jahre bei Mädchen), wogegen 'ai' lt. ihrem Statut kämpft. Umso überraschender die abschlägige Antwort aus London: man interpretiere das Wort "Geschlecht" in den 'ai'-Statuten anders und ziehe es vor, in solchen Fällen nichts zu tun, weil die Gefahr bestünde, daß sich die gesetzliche Lage dadurch auch für das andere Geschlecht verschlechtern könnte!

Im Februar 1987 erfuhr eine HOSI-Delegation bei ihrem Besuch bei 'ai', daß die österr. Sektion zwar nicht vorhabe, einen Antrag auf Mandats-Erweiterung auf Personen, welche aufgrund homosexuellendiskriminierender Gesetze inhaftiert sind einzubringen, aber daß sie für einen derartigen Antrag stimmen würde.

Auf der IRT im Dezember 1987 in Brasilien hat 'ai' abermals die Entscheidung über obige Ausdehnung ihres Mandates vertagt. Die in Helsinki 1985 in Auftrag gegebene Studie war von George Siemensma aus Amsterdam durchgeführt und in Brasilien präsentiert worden. Sie wurde dort dem "Mandate Review Committee", der Mandatsüberprüfungskommission zugeleitet

Weitere Ausreden von 'ai' gegen die Mandats-erweiterung auf Homosexuelle:

- Das Recht auf (Aus)Leben seiner/ihrer sexuellen Orientierung ist in der UNO-Menschenrechtserklärung, auf die 'ai' ihre Arbeit stützt, nicht vorgesehen.
- 'ai' möchte eine möglichst breite Definition der Inhaftierungsgründe und keine explizite Auf-

zählung bestimmter Gruppen, also Inhaftierung z.B. aufgrund von Rasse, Sprache, Religion, Geschlecht, aber nicht aufgrund nicht normgerechter Sexualität.

c) 'ai' fürchtet um Image und Reputation bei Regierungen und in der Öffentlichkeit.

Die Sektionen in der sogen. Dritten Welt seien außerdem entschiedene Gegner einer Mandats-erweiterung auf Homosexuelle. Da 'ai' dort verstärkt Fuß fassen will, möchte sie diese Sektionen nicht vor den Kopf stoßen.

d) 'ai' hat nie den Anspruch erhoben, für sämtliche Menschenrechte einzutreten.

e) 'ai' kennt keinen Fall einer aufgrund ihrer Homosexualität inhaftierten Person.

f) 'ai' hat schon mehr als genug mit ihren traditionellen Aufgabengebieten zu tun.

Zu Ausrede a)

Zwar basiert das 'ai'-Statut auf der UNO-Menschenrechtserklärung, aber 'ai' beschränkt sich nicht darauf, denn sie nimmt sich auch zum Tode Verurteilter und der Wehrdienstverweigerer an, von denen in den Menschenrechtsdeklarationen nichts steht. Außerdem hat 'ai' 1979 selbst festgestellt, die Verfolgung einer Person aufgrund ihrer Homosexualität verletze deren grundlegende Menschenrechte, eine Ansicht, die bei gutem Willen in die UNO-Menschenrechtserklärung hineininterpretierbar wäre.

Zu Ausrede b)

Gäbe es heute Konzentrationslager wie in Nazi-Deutschland, würde sich 'ai' also für die rassistisch- und politisch-, für die wegen ihrer Religion verfolgten Häftlinge u.s.w. einsetzen, aber wie Schwule und Lesben ins Gas und durch den Rauchfang gingen, wäre nicht Sache von 'ai'! Man kann sich schließlich nicht um alle(s) kümmern.

Zu Ausrede c)

Wenn 'ai' eine Politik betreiben will, die Rücksicht auf das 'ai'-Image bei Regierungen und in der öffentlichen Meinung nimmt, sollte 'ai' besser gleich ihre Auflösung diskutieren.

Zu Ausrede d)

Den schwarzen Peter der sogen. Dritten Welt zuschieben, ist ein höchst fadenscheiniges Manöver. In vielen Sektionen der Ersten und Zweiten Welt sitzen konservative und homophobe Menschen, die Homosexualität nicht akzeptieren können und das (Aus)Leben individueller sexueller Orientierung nicht als fundamentales Menschenrecht betrachten. Es kann sich wohl nur um eine moralische Kategorie handeln, die einen Unterschied zuläßt zwischen Inhaftierten aufgrund ihrer Homosexualität und Inhaftierten z.B. aufgrund ihrer religiösen Überzeugung. Was macht letztere wertvoller als erstere? Daß ein klerikal-totalitäres Europa den Rest der Welt jahrhundertlang auch auf dem Gebiet moralischer Werte kolonialisiert hat, sollte kein Grund sein, sich heute von der sogen. Dritten Welt die eigene dekadente und überlebte Moral von vorgestern, welche Reste des Kolonialismus sind, diktieren zu lassen.

Die drei letztgenannten 'ai'-Ausreden sind nicht nur widersprüchlich, sondern zeigen noch deutlicher, daß -auch wenn das (Aus)Leben der sexuellen Orientierung für 'ai' ein Menschenrecht darstellt- 'ai' Menschenrechte in verschiedene Klassen einteilt. Homosexuelle sind also für 'ai' keine Gewissensgefangenen "erster Klasse"!



DER "TOTALE" GEWINN: KREBS- ERREGENDE PESTIZIDE FÜR DEN EXPORT

(phoenix, greenpeace; cp)

Nach dem Motto "was bei uns verboten ist, ist für andere noch immer gut genug" exportiert die US-Firma Velsicol Chemicals schon seit Jahren krebserregende Pestizide, vor allem in Entwicklungsländer.

Vor zehn Jahren verbot die US-amerikanische Umweltschutzbehörde den Einsatz der Insektenvertilgungsmittel Heptachlor und Chlordan in der heimischen Landwirtschaft. Weiterhin exportiert Velsicol allerdings jene Pestizide in die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Dort

werden sie, "großzügig" auf den Feldern verteilt, zu wahren Todesbringern - für die Menschen dieser Länder (sie sind am direktesten und akutesten bedroht), aber auch für die KonsumentInnen der Industrieländer. Sie sind es nämlich, die die mit Pestiziden behandelten Früchte kaufen und essen. Obwohl es manchmal vorkommt, daß pestizidverseuchte Ware zurück an die Herkunftsländer geschickt wird, und dort am eigenen Markt nicht gerade zur Volksgesundheit beiträgt, können die VerbraucherInnen sicher sein, mit dem Morgenkaffee und dem Mittagessen noch genug Chemierückstände zu sich zu nehmen.

Immerhin wurden in den USA bei der Hälfte des importierten Rohkaffees und bei ca. 14% aller Fleischimporte überhöhte Rückstände hochgiftiger Chemikalien nachgewiesen.

Aber auch in den Ländern Europas ohne brauchbares Umweltchemikaliengesetz finden jene Pestizide ihren Absatz. Unter dem Namen Agronex-Hepta von der Firma Epra (Tochterfirma von Boehringer Ingelheim) wird Heptachlor zur Behandlung von Saatgut (Rübensamen) angepriesen.

Buchtipp: Andrea Ernst u.a.: Gift-Grün, Chemie in der Landwirtschaft und die Folgen, Verlag Kiepenheuer und Witsch 1986



GREENPEACE-AKTION GEGEN CHEMIEKONZERN SOLVAY

GREENPEACE-AKTION GEGEN CHE-
MIEKONZERN SOLVAY

(Phoenix/gn)

Greenpeace-AktivistInnen versperren am 14. November die beiden Werkttore der Chemie-Firma "Solvay" in Rheinberg (Nordrhein-Westfalen) mit Ketten und einer Metall-Attrappe des bundesdeutschen Verbrennungsschiffes "Vesta". Sie protestierten damit gegen die Bewilligung des "Deutschen Hydrographischen Instituts" (DHI), nach der Solvay ein weiteres Jahr Giftabfälle auf der Nordsee verbrennen darf.

Nach dem "Hohe See Einbringungsgesetz" dürften, für den Fall, daß eine berechtigte Besorgnis ausgesprochen wurde, keine neue Bewilligung für Verbrennungen und Verklappungen auf hoher See erteilt werden. Das Umweltbundesamt Berlin hat eine derartige Besorgnis kürzlich verkündet. Die "skandalöse Entscheidung des DHI" ist nach Meinung der AktivistInnen erst zustande gekommen, nachdem "Solvay die Arbeitsplatzfrage ins Spiel gebracht hatte".

Greenpeace fordert "im Namen der geschädigten Meeresbewohner" den sofortigen Stopp der Höchstverbrennung und wendet sich gegen die Verbrennung des Giftmülls an Land. Durch Produktionsumstellungen sollte "Solvay" künftig giftige Abfälle, etwa durch Verzicht auf die Polyvinylchlorid (PVC)-Herstellung, vermeiden. Die Produktion von hochgiftigen Chlorkohlenwasserstoffverbindungen, wie für Lösemittel, müßte reduziert werden, so die AktivistInnen.



Nestlé - Boykott

(Phoenix/yß)

Washington: Die Auseinandersetzungen um einen neuerlichen Boykott gegen den Lebensmittelkonzern Nestlé sind am 16. November eskaliert: Eine Nestlé nahestehende Kommission hatte Anschuldigungen von Konsument-Innengruppen zurückgewiesen. Diese behaupten, daß Nestlé auch weiterhin versuche, in Entwicklungsländern Baby-Trockennahrung rücksichtslos zu vermarkten.

Die amerikanische "Aktion für Verantwortlichkeit von Konzernen" (ACA) und das "Internationale Nestlé Boykott Komitee Europa" (INBC) behaupten, Nestlé und andere Hersteller von Kindernahrung hätten den Aufruf der Weltgesundheitsorganisation WHO von 1981 mißachtet und würden weiterhin kostenlos Babynahrung an Entbindungsstationen und Krankenhäuser in Entwicklungsländern liefern. Die internationalen Verhaltensregeln der WHO für die Vermarktung von Ersatzprodukten für Muttermilch verbieten verkaufsfördernde Maßnahmen, wie kostenlose Abgabe und Verkauf zu reduzierten Preisen.

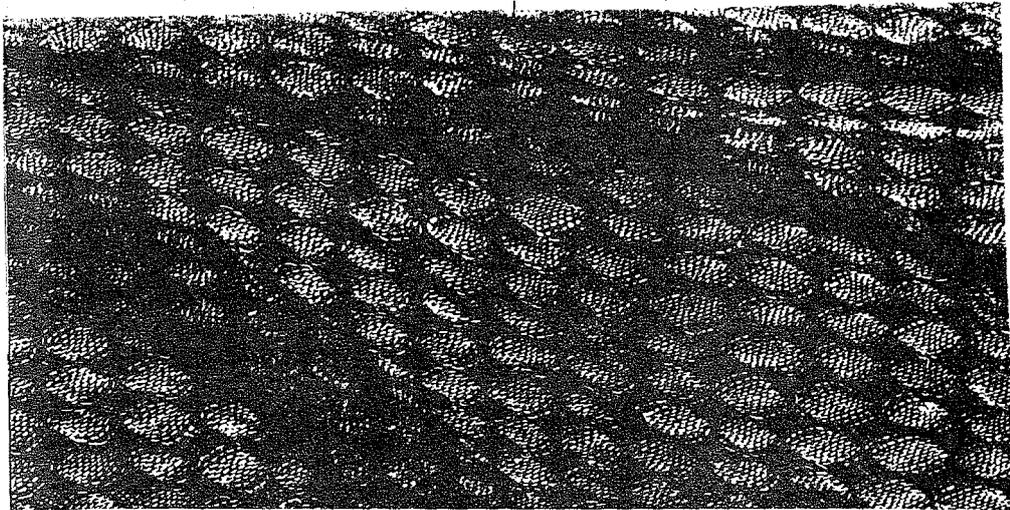
Die "Kommission zur Prüfung von Nestlé Kindernahrung" (NIFAC) wurde von Nestlé gegründet und wird von dem Konzern finanziell unterstützt. Die NIFAC veröffentlichte einen Bericht, in dem sie die Grundlage des am 4. Oktober von ACA und INBC neuerlich ausgesprochenen Boykotts in Frage stellt. Sie präsentierte bei einer Pressekonferenz den 16-seitigen Report, der belegt, daß Nestlé nicht rechtlich dazu verpflichtet ist, die kostenlose Abgabe von Babynahrung einzustellen. In dem Bericht heißt es, daß die WHO-Richtlinien vom April 1986 die kostenlose Abgabe von Babynahrung an Krankenhäuser und Entbindungsstationen nicht untersagen.

Der neuerliche Boykott gegen Nestlé und andere Hersteller von Babynahrung wurde ausgerufen, da sich die Firmen nicht an ein Übereinkommen aus dem Jahre 1984 gehalten hatten. In dem Übereinkommen hatten sich die Hersteller verpflichtet, die Verhaltensre-

geln der WHO von 1981 einzuhalten. Mit dem Abkommen wurde seinerzeit ein siebenjähriger Boykott beendet, der Nestlé nach Schätzungen der Konsumentinnengruppen zwischen zwei und fünf Milliarden US-\$ gekostet hatte (!).

Mit den Verhaltensregeln der WHO von 1981 wurde international anerkannt, daß die Hersteller von Babynahrung rücksichtslose Praktiken bei der Vermarktung ihrer Produkte in Entwick-

lungsländern anwenden. Damit sollte bei Müttern der Bedarf von Instant-Babymilch geweckt werden, obwohl sie deren Kinder nicht bräuchten. Dazu gehört die überwältigende Mehrheit. Auch haben die meisten dieser Mütter nicht die Möglichkeit, die Flasche ordnungsgemäß zu sterilisieren oder die Babynahrung richtig zuzubereiten. Folglich sind diese Kinder leichter Infektionen oder Unterernährung ausgesetzt.



phoenix
p r e s s e a g e n t u r

Ideenbeirat: Univ. Doz. Dipl. Ing. Hans-Peter Aubauer, Physiker, Uni Wien • Dr. Klaus Bosselmann, Umweltjurist, Berlin • Prof. Dr. Robert Jungk, Zukunftsforscher, Salzburg • Prof. Dr. Armin Weiss, Chemiker, Uni München

**Sind Sie politisch aktiv?
Arbeiten Sie in ökologisch orientierten Instituten?
Oder sind Sie in Bürgerinitiativen engagiert?**

Dann wissen Sie, welche Bedeutung die Medien bei der Aufklärung der Bevölkerung haben, bzw. haben könnten.

Hier hakt phoenix ein. Sie ist die Verbindung zwischen alternativem Wissen und einer breiteren Öffentlichkeit. Wir sammeln Presseaussendungen, Zeitschriften, Studien, Veranstaltungstermine und

Aktionsberichte aus dem deutschen Sprachraum und bereiten sie mediengerecht auf.

Wir senden diese Nachrichten täglich an Journalistinnen, Zeitungs- & Funkredaktionen und an politisch interessierte Institutionen. Nach Wunsch per Telex, Telefax, Post, Mailbox oder auf Diskette.

Und monatlich veröffentlicht phoenix presseagentur eine Sammlung aller im Vormonat versickerten Meldungen (für „Informanten“ gratis).

Entstehen bei Ihnen Nachrichten, nach denen sich Medien die Finger abschlecken?

Sind Sie selbst interessiert, laufend und aktuell informiert zu werden?

Dann schicken Sie uns bitte eine Postkarte, ein Telex, Fax, einen Brief - oder rufen Sie kurz an. Wir senden Ihnen gerne näheres Informationsmaterial - über phoenix presseagentur, über die Möglichkeiten des Nachrichtenaustausches und unsere Abo-Gebühren.

phoenix presseagentur
Frechinger & Glattau G.m.b.H
Langackerstraße 29 • A-1190 Wien
Tel.: 0222/32-68-10, 32-68-565

Fax: 0222/32-68-56 • Tlx: 75310220 phxa • Mailbox: 0222 / 43-37-78

UNGARN

SCHARFE KRITIK AN ATOMKRAFTWERK PAKS

(phoenix; TATblatt)

Entsprechend der vorjährigen Vereinbarung zwischen der Internationalen Atomenergie-Behörde IAEA und dem ungarischen Atomenergie-Ausschuß beginnt nun eine Untersuchung des AKW Paks durch die Operative Sicherheitskontrollgruppe (OSART).

Ungarn ist damit das erste Land des "Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW), das den OSART-Experten (daß es bei der OSART-Experten gibt, darf bezweifelt werden, d.red.) eine Einreisegenehmigung gewährt. Die Experten werden erstmals die Gelegenheit haben, einen Druckwasserreaktor sowjetischen Typs zu untersuchen. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen der Öffentlichkeit präsentiert werden.

EXPERTENÜBERPRÜFUNG DES AKW PAKS

(phoenix; TATblatt)

In Budapest erschien kürzlich ein Buch über das knapp 100km südlich der ungarischen Hauptstadt an der Donau gelegene AKW Paks.

Dieser bislang einzige ungarische Atomreaktorkomplex wurde - so die Kernaussage des Buches "Wärme des Zerfalls" von Ferenc Vicsek - unter skandalösen Bedingungen gebaut! Weder die ungarische Industrie, noch die sowjetischen Unternehmen, die die Pläne und den größten Teil der Einrichtung lieferten, wären ausreichend auf die Durchführung des komplizierten und gefährlichen Vorhabens vorbereitet gewesen. Das sowjetische Planungsinstitut hatte keine detaillierten Bauausführungspläne geliefert. Dadurch mußten die ungarischen IngenieureInnen, die bis dahin noch nie ein AKW errichtet hatten, auf der Baustelle improvisieren, berichtet Vicsek. Koordinierungsmängel hätten dazu geführt, daß bereits fertige Anlagen immer wieder abgebrochen werden mußten. Um das Ausmaß der so verursachten Verschwendung darzustellen, wählt Vicsek einen Vergleich: Beim Bau des AKW Paks waren 10599 Arbeitskräfte

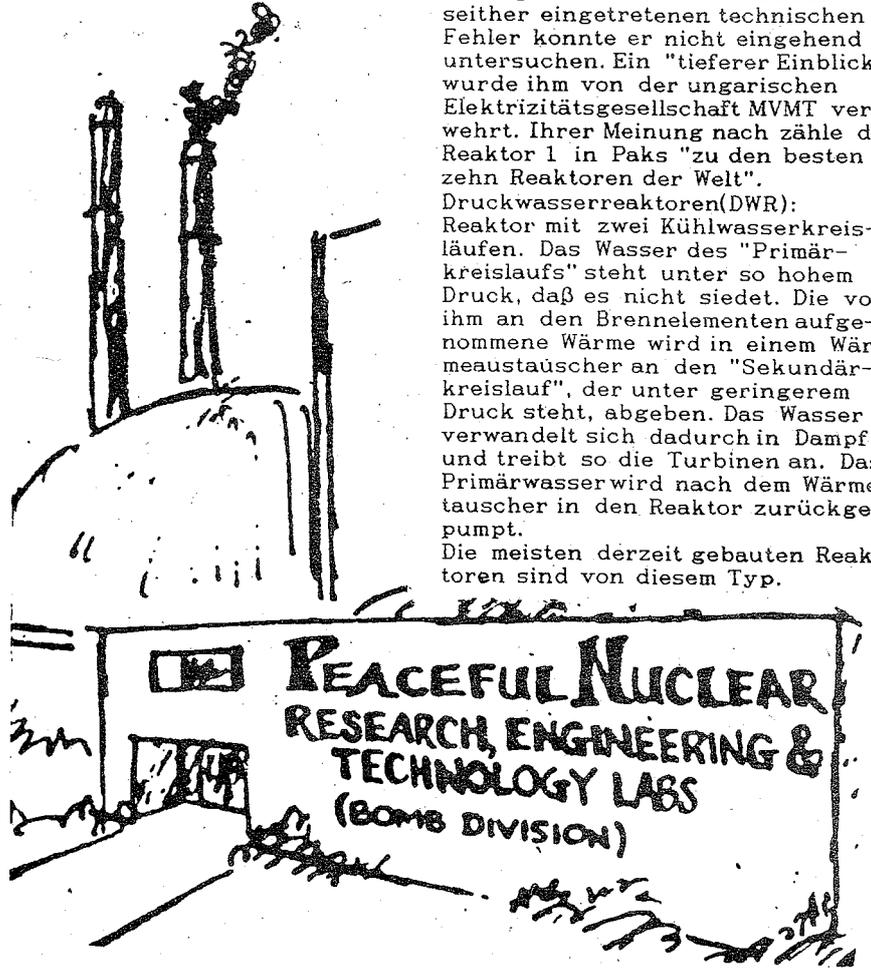
im Einsatz; das bundesdeutsche AKW Biblis wurde von nur 1200 ArbeiterInnen in der halben Zeit errichtet. Die Turbine Nr. 1 beispielsweise mußte insgesamt 14 mal zerlegt werden, ehe sie in Betrieb genommen werden konnte. Bei der anderen Turbine "hatte es sich der sachverständige Ingenieur nicht zugetraut, die Fehlerquelle orten zu können, und sich deshalb an der Turbine

Die vier Reaktoren mit einer Leistung von je 410 bis 415 MWe (Megawatt elektrische Leistung) wurden in zwei Etappen gebaut. Baubeginn für die Blöcke 1 und 2 war 1974, ans Netz gingen sie erst 1982 bzw 1984. Die Blöcke 3 und 4 wurden von 1979 bis 1986 bzw 1987 gebaut.

Vicsek verfolgte die Bauarbeiten bis Anfang 1984. Die Ursachen der seither eingetretenen technischen Fehler konnte er nicht eingehend untersuchen. Ein "tieferer Einblick" wurde ihm von der ungarischen Elektrizitätsgesellschaft MVMT verweigert. Ihrer Meinung nach zähle der Reaktor 1 in Paks "zu den besten zehn Reaktoren der Welt".

Druckwasserreaktoren (DWR): Reaktor mit zwei Kühlwasserkreisläufen. Das Wasser des "Primärkreislaufts" steht unter so hohem Druck, daß es nicht siedet. Die von ihm an den Brennelementen aufgenommene Wärme wird in einem Wärmeaustauscher an den "Sekundärkreislauf", der unter geringerem Druck steht, abgeben. Das Wasser verwandelt sich dadurch in Dampf und treibt so die Turbinen an. Das Primärwasser wird nach dem Wärmeaustauscher in den Reaktor zurückgepumpt.

Die meisten derzeit gebauten Reaktoren sind von diesem Typ.



erhängt". Weiters wurde festgestellt, daß ein Schacht zur Ableitung radioaktiver Abwässer nur ungenügend isoliert war. Das hätte eine radioaktive Verseuchung der Umgebung zur Folge haben können.

Eine handschriftliche Fassung des Buches war bereits 1983 fertig. Vicsek mußte damals 400 der insgesamt 500 Manuskriptseiten durch einen neuen Text ersetzen. Auch danach empfahl ihm die Parteizentrale, zwei Kapitel zu streichen. Dennoch konnte das Buch erst jetzt erscheinen.

Das AKW Paks ist ein Reaktorkomplex aus vier WWER-440-Druckwasserreaktoren (*), dem mit Abstand gebräuchlichsten AKW-Typ in den RGW-Staaten. Lieferantin war, wie bei allen exportierten sowjetischen Reaktoren, die Firma Atomenergexport.

UNTERWASSERFILM ZEIGT RISSE IM MURUROA ATOLL

(greenpeace; phoenix; TATblatt)

Große Risse im Mururoa-Atoll, die eindeutig von Atomtests stammen, sind in einem Unterwasserfilm deutlich zu erkennen, der am 10. November in Französisch-Polynesien vorgestellt wurde. Falls die Risse die Basaltschicht unter dem Atoll beeinträchtigen, könnte Radioaktivität aus den Testkammern freigesetzt werden. Davon wäre die direkte Umgebung des Atolls betroffen. Das Ausmaß der Auswirkungen ist unbekannt, da die französischen Militärbehörden nie genaue Daten über die Radioaktivität in diesem Gebiet angegeben haben.

INFORMELLER KLUB WILL REFORMEN FÜR DIE SOWJETISCHEN SCHWULEN

Manifesto, 21.10. Luce Torrealta)

Im Rahmen einer vom Arci Gay (Arci sind die PCI nahestehenden Kulturorganisationen, die besonders Sektoren für Schwule, Frauen etc. haben, A.d.R.) organisierten Veranstaltungen erfolgte ein telefonisches Ferninterview mit einem russischen Schwulen, einer von 15 Millionen (!) "golubyie" (die Blauen, wie mensch dort die Schwulen nennt). Boris: "Wir müssen uns verstecken, damit wir nicht verfolgt werden. Äußerliche Kennzeichen müssen wir vermeiden, damit wir nicht auffallen. Zum Kennenlernen haben wir nichts als Saunas, Parks, einschlägige Lokale, Privathäuser. Damit wir nicht verdächtigt werden, werden Scheinheiraten geschlossen, das ist in der Sowjetunion eine gängige Praxis. Nur so kommt man überhaupt zu einer Wohnung. Dasselbe gilt für Lesben, die heiraten Schwule, oder auch Heterosexuelle. Auch sie müssen sich komplett verstellen. Ich zum Beispiel war zweimal verheiratet, meine erste Frau war eine Lesbe. Aber sobald man umziehen will, und eine neue Wohnung braucht, muß man von neuem heiraten. In den Städten werden die Schwulen und Lesben eher toleriert als auf dem Land, wo über diese Dinge überhaupt nicht gesprochen wird."

Frage: "Aber hat sich das mit Gorbatschow nicht geändert?"

"Ja, jetzt diskutiert man öffentlich über Homosexualität. Eine informelle Bewegung ist entstanden, die hauptsächlich aus VertreterInnen der Intelligenz besteht, und die die Abschaffung des § 121 des Strafbuchbuches fordert, der von Stalin im Jahre 1934 eingeführt wurde und der Homosexualität mit 4 bis 8 Jahren Gefängnis bestraft. Es existiert eine Spezialabteilung der Polizei, deren Aufgabe darin besteht, in Zusammenarbeit mit dem KGB Homosexuellenregister anzulegen. Kommen die "golubyie" in einen Konflikt mit der Justiz, werden die Daten hervorgeholt. Eine Anzeige bedeutet den Verlust des Arbeitsplatzes. In der strafrechtlichen Praxis ist Homosexualität ein erschwerender Umstand. Bis vor kurzer Zeit, in der Breschnjew-Ära noch, wurde dies gezielt in politischen Prozessen

eingesetzt." ... Es ist noch nicht vergessen, daß der armenische Regisseur Paradschanow zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Vorsitzende des Arci Gay, Franco Grillini erinnert sich noch an ein Treffen zwischen der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Italiens und dem Konsomol, bei dem die Gesprächspartner, sooft das Problem gestreift wurde, stets antworten: der Terminus Homosexualität sei ihnen unbekannt. Das Gorbatschow'sche Tauwetter hat zumindest das Schweigen der Presse gebrochen. Seit eineinhalb Jahren ist Homosexualität kein Tabu mehr.

Boris: "In den Zeitungen und im Fernsehen gibt's Diskussionen und Debatten. Es erschien ein Buch des Sexuologen Igór Kohn, allerdings nur mit einer Auflage von 5000 Stück, und ausdrücklich für den Gebrauch im medizinischen Sektor bestimmt. Verächtliche Angriffe sind jedoch in der Presse immer noch zu finden. Ofters schlägt man vor, uns "zu heilen, zu strafen, zu erziehen". In anderen Fällen wird allerdings die Abschaffung des Homosexuellenparagraphen verlangt, um den Schwulen in ihrem Kampf gegen Aids zu helfen. Die medizinische Zeitung, das offiziöse Organ des Gesundheitsministeriums liegt auf dieser Linie."

Frage: "Was für Maßnahmen erfolgen gegen AIDS?"

"In den Kinos läuft ein Film über 'Risikogruppen'. Die Prostituierten, die Kontakte zu Ausländern haben, sowie die Drogenabhängigen, sind am meisten betroffen. Dennoch gelangt die einzige AIDSbroschüre, die existiert, einzig in den medizinischen Einrichtungen zur Verteilung. Die offizielle Statistik verzeichnet 47 Erkrankungen, alle AusländerInnen, weiters 560 Positive. Kürzlich ging die Rede um einen jungen Mann, der in Tansania gearbeitet hat und an AIDS erkrankt war. Es wurde jetzt in Moskau ein Zentrum für Aidsstudien errichtet, und es gibt im Land bereits Stellen, wo man sich testen lassen kann, aber man macht davon keinen Gebrauch, da man Angst hat, erfaßt zu werden. Außerdem ist es fast unmöglich, gute Präservative aufzutreiben, noch Einwegspritzen für die Drogenabhängigen."

Boris faßt zusammen: "Ich fühl mich als Bürger zweiter Klasse. Ich liebe Rußland und respektiere seine Gesetze, aber de facto werde ich gezwungen, sie zu brechen, um mein Schwulsein zu verbergen. Ich setz große Hoffnung in eine Novellierung der Strafgesetzgebung. Die Artikel über politische Verbrechen sollen ja alle getilgt werden. Das hoffen wir auch vom § 121!"

ERSTES TREFFEN EHEMALIGER HÄFTLINGE AUS STALINISTISCHEN GEFANGENENLAGERN.

Moscow News / Phönix / TATblatt

Ehemalige Häftlinge aus stalinistischen Gefangenenlagern haben sich kürzlich zum ersten Mal in Moskau getroffen. Die Versammelten wählten eine Arbeitsgruppe, die eine für alle Beteiligten akzeptable Organisationsform finden soll.

Auf Initiative von "Memorial" - einer neuen Vereinigung für das Gedenken an die Opfer des Stalinismus - haben sich über 100 ehemalige Gefangene mit ihren Frauen und Kindern in dem zentralen Klub der Künstler am Krimsky Val versammelt. Dabei wurde eine Resolution verabschiedet, die eine enge Zusammenarbeit der zukünftigen Organisation mit der All-Unionsgemeinschaft von "Memorial" vorsieht.

CA GRÜNDET BANK IN BRASILIEN

(Arbeiterkammer Wien: Informationen über Multinationale Konzerne; aw)

Die CA gründet mit einem Kapital von 20 Mio. US\$ die Investment Creditanstalt B.B.A. mit Sitz in Sao Paulo.

Diese Summe beträgt 50% des Aktienkapitals; die andere Hälfte wird von einer brasilianischen Gruppe aufgebracht.

Allerdings dürfte der reale Aufwand für die CA weit unter dem Nennwert liegen, da ihre Einlage mittels eines Debt-Equity-Swaps getätigt wurde. Zur Realisierung eines Debt-Equity-Swaps kauft ein Unternehmen, das in einem Schuldnerland investieren will, Schuldverschreibungen auf dem Weltmarkt bei den Gläubigerbanken auf. Da viele Länder praktisch zahlungsunfähig sind, stoßen die Banken die Schuldverschreibungen unter dem Nennwert ab. Die investierenden Unternehmen lösen in der Folge die billig erworbenen Forderungen zum Nennwert im Schuldnerland ein und bezahlen so die Investitionskosten. Gewinner dieser Transaktionen, die ausschließlich zu Lasten der Schuldner gehen, sind die ausländischen Unternehmen.

GENTECHNIK

Folge 2

Angesichts des verantwortungslosen Umgangs mit den Techniken der Gen-Manipulation heute, der rasch wachsenden Zahl der Gen-Firmen, und angesichts der Blindheit für mögliche und wahrscheinliche negative Konsequenzen, die in Beschwichtigungen und Verharmlosungen von seiten der WissenschaftlerInnen, UnternehmerInnen und PolitikerInnen ihren Ausdruck findet, muten die Erkenntnisse der Gordon-Konferenz nahezu unglaublich weitsichtig an.

Die Möglichkeiten der Gen-Technologie begannen sich erst abzuzeichnen, da verfaßten die TeilnehmerInnen einen Brief an den Präsidenten der einflußreichen "National Academy of Sciences", der auch in der Fachzeitschrift "Science" auf ihren Wunsch hin veröffentlicht wurde. Darin finden sich folgende erstaunlich kritischen Zeilen: "Wir schreiben an Sie in einer Angelegenheit, die uns tief besorgt macht. Einige der wissenschaftlichen Berichte dieser Konferenz deuten darauf hin, daß wir gegenwärtig die technischen Fähigkeiten besitzen, DNA-Moleküle verschiedener Herkunft miteinander zu verbinden.... Einige von diesen Hybrid-Molekülen könnten für das Laborpersonal und für die Öffentlichkeit ein Risiko darstellen."

Die TeilnehmerInnen der Gordon-Konferenz schlugen weiters die Gründung eines Komitees und die Erstellung von Richtlinien für die Gentechnologie vor. Zu diesem Zeitpunkt wurde überwiegend mit dem Bakterium "escherichia coli" gearbeitet, das den Vorteil besitzt, sich besonders rasch zu vermehren. Im Jahr zuvor, also 1972, hatten WissenschaftlerInnen jene Werkzeuge der Gentechnik entdeckt, mittels derer sie einzelne Gene - Bestandteile der Erbsubstanz DNA - zu isolieren und in ein Bakterium einzuschleusen vermochten. Zum einen die Restriktionsenzyme: Das sind Eiweißstoffe, die wie Scheren die DNA an genau definierten Stellen zerschneiden können. Zum anderen die Genfähre Plasmid: Plasmidringe nehmen die isolierten DNA-Stücke auf und transportieren sie in ein geeignetes Bakterium.

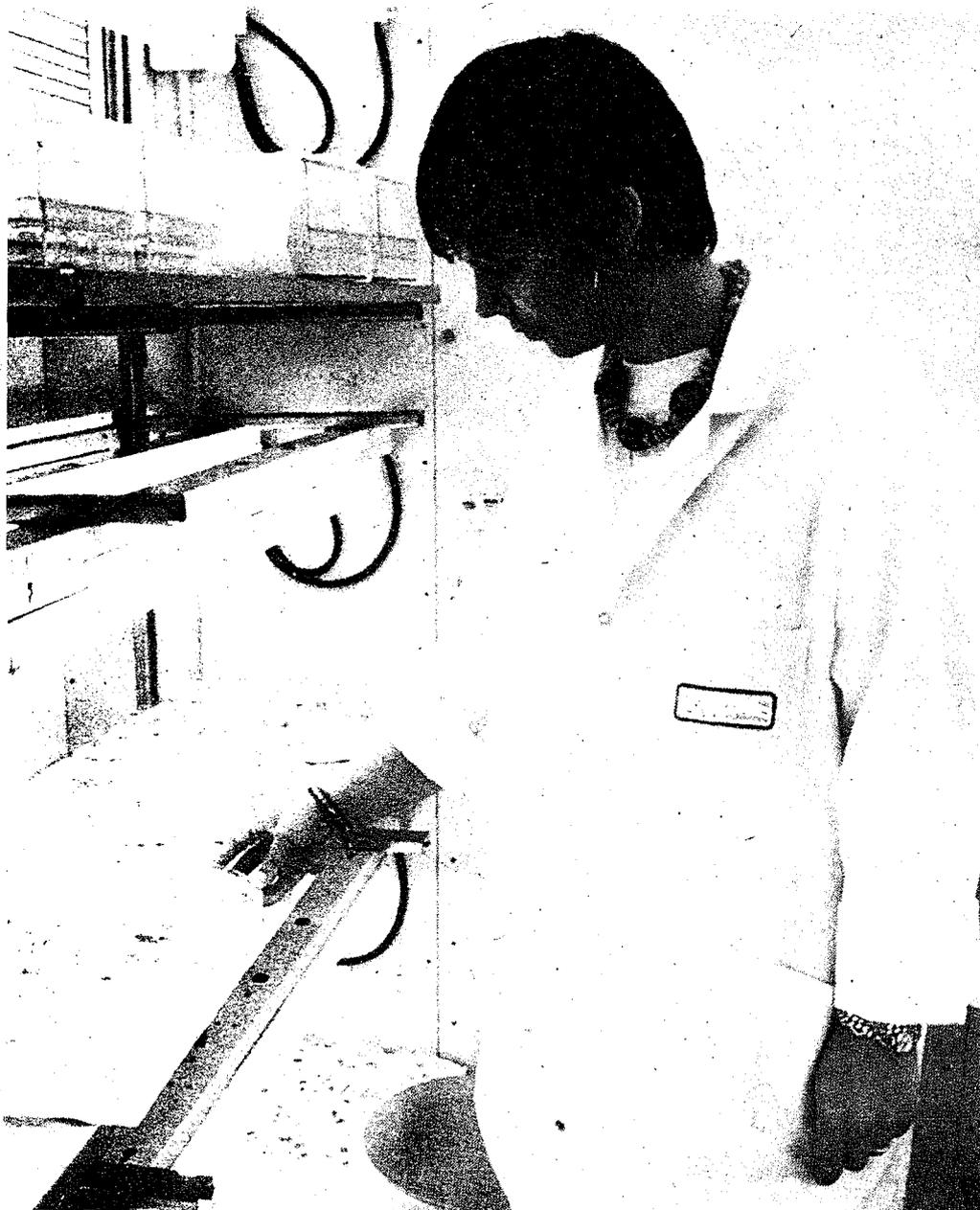
Will mensch z.B. ein Krebsgen genauer durchsuchen, so wird das entsprechende Gen, auf das Bakterium escherichia coli übertragen. Dieses vermehrt sich dann und liefert genügend Material für Experimente. Auf ähnliche, allerdings noch kompliziertere Weise kann auch auf gentechnischem Weg Humaninsulin

erzeugt werden. Das escherichia coli wird durch die entsprechende, eingeschleuste Erbinformation zum "Produzenten" von menschlichem Insulin.

Da das escherichia coli in der menschlichen Darmflora eine wichtige Funktion erfüllt, könnte sich unter widrigen Umständen ein manipuliertes Bakterium rasch verbreiten, möglicherweise sogar eine Epidemie hervorrufen. Zwar würde zu Versuchszwecken zunächst ein Koli-Stamm herangezogen, von dem mensch annahm, daß er in freier Wildbahn nicht überlebensfähig sei und die fremden Gene nicht an

wildlebende Bakterien weitergeben könne, jedoch üben z.B. Antibiotika auf diese Faktoren maßgeblichen Einfluß aus. Die Einnahme von Antibiotika verändert die Darmflora - genetisch manipulierte Koli-Bakterien, die in der Regel ein oder mehrere Resistenz-Gene besitzen, hätten bessere Überlebenschancen als ihre natürlichen Verwandten.

Einige WissenschaftlerInnen hatten also früh die Gefährlichkeit der Gentechnik erkannt und der öffentliche Brief hätte den Ausgangspunkt für eine breite Diskussion über die Risiken dieser Entwicklung werden können. Doch wenig später hatten



sie "Blut gelect", übertrafen sich in Beschwichtigungsversuchen und forderten einen möglichst lockeren Umgang mit den neuen Methoden.

Das escherichia coli habe sich als harmlos erwiesen, die GentechnikerInnen könnten gar nichts Widernatürliches hervorbringen, bei den Experimenten sei es zu keinerlei Zwischenfällen gekommen....

Der massive Einsatz hatte Erfolg: In Amerika wurden sämtliche Gesetzesentwürfe zurückgezogen, die im Richtlinienkatalog angeführten Beschränkungen wurden gelockert und das Interesse der Medien an dem Thema schwand. Europa folgte dem amerikanischen Beispiel.

Dabei wurde verschwiegen, daß längst nicht mehr alle Versuche mit jenem als harmlos bezeichneten Koli-Bakterium vorgenommen, sondern robustere Stämme herangezüchtet wurden. Außerdem verlor das Bakterium überhaupt an Bedeutung. Die Forschung beschäftigte sich zunehmend mit Tier- und Menschenzellen. Um Erbmaterial in diese Zellen einzuschleusen sind Plasmide von Koli-Bakterien ungeeignet. Als Gen-Fähre dienen Retroviren (zu dieser Klasse gehört auch das Aids-Virus HIV). Retroviren haben die Eigenschaft, in eine Körperzelle einzudringen und diese zur Produktion neuer Viren zu zwingen. Manipulierte Retroviren schleusen auf diese Weise das entsprechende Erbmaterial in die Zelle ein. Damit sich das Virus nicht schrankenlos vermehrt, muß ihm jener Teil der DNA, der für diese Vervielfältigung verantwortlich ist, herausgeschnitten werden. Die Fähigkeit des Virus, Erbmaterial in die Zelle zu integrieren, bleibt dabei erhalten. Wenn sich nun die Zelle teilt, vermehrt sich nicht das Virus, sondern die Zelle und damit die eingeschleusten Erbinformationen.

Das Entschärfen und der Einbau der DNA sind heute möglich. Allerdings gibt es schon bei der Zubereitung des Virus Probleme. Durch leichtfertigen Umgang könnte er beim Labpersonal Erkrankungen hervorrufen, oder gar aus dem Labor entweichen und damit schlimmstenfalls eine Epidemie bewirken. Der menschliche Körper verfügt nur über Abwehrmechanismen gegen die in seiner Umgebung natürlich vorkommenden Viren. Was geschehen kann, wenn der Mensch mit mutierten Viren konfrontiert wird, auf die sein Körper nicht vorbereitet ist, sieht mensch am Beispiel AIDS.

Weiters könnte ein vermehrungsunfähiges Retrovirus im Körper auf ein anderes, zufällig vorkommendes Retrovirus treffen und sich dessen Vermehrungsapparat "ausleihen". Niemand kann das Verhalten von manipulierten Bakterien und Viren

außerhalb der künstlichen Laborsituation mit Sicherheit voraussagen. Das Virus könnte unter Umständen auch mutieren - d.h. seine eigene Erbsubstanz verändern. Das muß nicht, aber kann verheerende Konsequenzen haben.

Dennoch ist der Erbmassen-Transfer (das Einschleusen eines Gens mittels Retroviren) an Versuchstieren längst zur Routine geworden. Die Hoffnung der WissenschaftlerInnen: Auf diese Weise Erbkrankheiten (die auf einem oder mehreren fehlenden oder defekten Genen beruhen) heilen zu können, indem das fehlende Gen nachträglich eingesetzt oder ein defektes Gen ausgewechselt wird. Jedoch läßt sich weder das Verhalten des Gens voraussehen (Mutation?!), noch läßt sich sagen, an welcher Stelle es sich letztlich einnistet. An einem falschen Platz könnte die neue Erbinformation schwere Schädigungen hervorrufen. Und um ein gestörtes Gen auszuwechseln, ist bis heute noch keine Methode in Sicht.



AUSSERDEM: Ist die Annahme, ein isoliertes Gen erfülle gerade und nur jene erwünschte und nicht noch eine zusätzliche Funktion, überhaupt gerechtfertigt?

Der Biochemiker und Kulturkritiker Erwin Chargaff, dessen Entdeckungen wesentlich waren für die Erforschung der Doppel-Helix der DNA, und der nun für gentechnische Experimente ein Moratorium von drei Jahren fordert, meint in einem Interview mit der "ZEIT": "Vielleicht liegt ja alles mögliche andere, auch noch auf diesem Stück DNA. Das ist ja eines meiner Argumente gegen die Gen-Transplantation: Daß man (mensch?) nie weiß, was man (mensch?) noch alles hineinbringt.... Es gibt so viele verbotene Vereinfachungen in allem, was da propagiert wird - da ist gar kein Ende. Selbst die Prä-

misse, wir kennen alle Bestandteile der DNA, kann sich sehr gut als wirklich falsch herausstellen."

Erwiesenermaßen besonders gefährlich sind Manipulationen an menschlichen Zellen durch Krebsgene, auch Onkogene genannt: Unfälle hat es nach Meinung der ExpertInnen schon gegeben. Im Pasteur-Institut in Paris erkrankten innerhalb kurzer Zeit fünf Molekularbiologen an seltenen Krebsformen. Sie alle arbeiteten an Onkogenen. Zwei der Mitarbeiter sind gestorben. Ähnlich wie bei der Atomspaltung sind auch in der Gentechnologie die Gefahren nicht absehbar. So meint Jeremy Rifkin, Präsident der "Foundation on Economic Trends": "...daß eine geringe Wahrscheinlichkeit existiert, daß etwas schiefeht, aber wenn es dann schiefeht, auch ein enorm hohes Risiko."

Trotz allen Warnungen wird munter weiter geforscht. Kein Wunder - die Chemie Giganten wittern das große Geschäft; sie erwarten einen Markt von mindestens 400 Millionen Schilling. Dementsprechend investieren alle Chemie-Firmen, die Rang und Namen und einen schlechten Ruf haben: Bayer, Hoechst, BASF, Hoffmann LaRoche, Ciba Geigy, um nur einige zu nennen.

Vorwiegend beteiligen sie sich an jenen zahlreichen kleinen Gen-Firmen, die unter Leitung von WissenschaftlerInnen in letzter Zeit wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, aber ohne das Kapital der Großkonzerne nicht überlebensfähig wären. Oder die Konzerne vermarkten die von den Genfirmen entwickelten Produkte. So entwickelte "Genentech" Humaninsulin, ein gentechnisches Produkt, das dann von "Eli Lilly", einem französischen Pharmariesen auf den Markt gebracht wurde, da "Genentech" sich allein nicht durchsetzen könnte.

Wie bei gentechnisch hergestellten Produkten in der Landwirtschaft, so bestimmen auch hier im wesentlichen Profitinteressen von GroßunternehmerInnen in welche Richtung geforscht wird, an welchen Medikamenten vorrangig gearbeitet wird. Uneigennützigkeit kann mensch ihnen wirklich nicht unterstellen: So scheiterten 1983 Verhandlungen der WHO (Weltgesundheitsorganisation) mit Gentechnik über die Entwicklung eines Impfstoffes gegen Malaria, weil "Genentech" die Exklusivrechte für dieses Präparat zur Gänze für sich beanspruchte.

Die Herstellung von Medikamenten gegen Krankheiten, die ausschließlich in Entwicklungsländern vorkommen, wie z.B. Lepra, liegt ohnedies nicht im Interesse der Firmen. Gegen Hepatitis B wurde zwar ein Impfstoff

entwickelt, dieser wird aber zum Großteil in den Industrienationen abgesetzt. Ärmere Länder können sich das Präparat schlicht nicht leisten. "Wenn Preis und Vertrieb bisher schon die zentralen Hindernisse für die Versorgung der "Dritten Welt" mit Medikamenten waren, dann gilt das Gleiche auch für die genetisch hergestellten", so Joachim Spangenberg, Vorstandsmitglied beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) in der BRD.

Entgegen allen Beteuerungen ist von der Gentechnologie eher eine Verteuerung von Medikamenten zu erwarten, als eine Kostensenkung. Milliarden werden in die Gen-Forschung gesteckt, während in den Entwicklungsländern nur ein Drittel der Menschen Zugang zu einem einwandfreien öffentlichen Trinkwassernetz haben und sich durch das verschmutzte Wasser Infektionen rasch verbreiten. Menschen sterben an vermeidbaren, heilbaren Krankheiten wie Masern, Tuberkulose oder sogar Erkältung, weil ihr Abwehrsystem durch Unter- und Mangelernährung geschwächt ist.

Ein typisches Beispiel ist die Aids-Forschung: Während Unsummen in die Erforschung des Virus gesteckt werden (von der Entwicklung eines Impfstoffes ist mensch noch weit entfernt), eskaliert die Seuche in den Entwicklungsländern und in den Slums aufgrund mangelnder Aufklärung und katastrophaler hygienischer Bedingungen. Es stellt sich die Frage, ob die Gen-Milliarden nicht weitaus nutzvoller investiert werden könnten; die Chemiekonzerne sind an dieser Frage freilich nicht interessiert. Ebensovwenig, wie sie gewillt sind, sich mit den möglichen Konsequenzen auseinanderzusetzen!

Jeremy Rifkin: "Auch die Gentechnik kommt, wie jede Technik, mit dem Versprechen daher, eine Menge Vorteile zu bieten, von denen einige sogar von enormen Nutzen sein könnten. Aber sie bringt auch gewaltige soziale, ökologische und ethnische Probleme mit sich. Es ist naiv und nicht gerade sehr geistreich, wenn die wissenschaftliche Gemeinde und die Geschäftsleute und die Politiker(Innen?) uns einreden wollen, daß es hier eine Technik gibt, die nur Vorteile und höchstens vernachlässigenswerte Risiken mit sich bringt. Die Geschichte beweist das Gegenteil."

Neben Medikamenten und manipulierten Pflanzen haben Firmen auf gentechnischem Wege auch schon Hormone entwickelt, die die Milchproduktion von Kühen um 20% steigern wollen. BST (bovines Somatotropin) so der Name dieses Präparats, ist für die "dritte Welt" zu teuer (zumal die Tiere außerdem noch mit einem speziellen Kraftmittel gefüttert werden müssen); in den Indu-

striationen würde eine Anwendung zu noch größeren Überschüssen bzw. zu einem Erstarren der Agrarindustrie führen, kommt in einer Untersuchung der Folgen für den deutschen Markt zu folgendem Schluß:

"Der strukturelle Wandel würde durch den Einsatz von Wachstumshormonen in der Milchproduktion gestärkt...BST paßt zur Zeit nicht in die agrarpolitische Landschaft."

Weiters haben Experimente zur Herstellung eines Schweinewachstumshormons PST schon begonnen. Die damit behandelten Tiere sollen mehr und mageres Fleisch ansetzen.

Schon heute werden in einzelnen Versuchen Tiere gezüchtet, die bedeutend größer als ihre Artgenossen werden. So kann eine Maus, in die

ein Rattagen eingeschleust wurde, das Doppelte der gewöhnlichen Größe erreichen, ein Schwein, dem WissenschaftlerInnen ein menschliches Gen für ein Wachstumshormon eingesetzt haben, wird ebenfalls größer und liefert mehr Fleisch; dafür kann das Tier kaum stehen. Riesen-Mäuse, Riesen-Schweine, Chimären zwischen Schaf und Ziege... gentechnische Experimente an Tieren haben in großem Stil begonnen. Der Streit um die Patentierbarkeit des Lebens - in Amerika schon zugunsten der GentechnikerInnen ausgefochten - steht nun auch Europa bevor.

Nächste Folge: Patente auf Tiere und Pflanzen - Manipulation an Keimzellen (Keimbahntherapie) - Genanalyse des Menschen - die Voraussetzungen einer neuen Eugenik - Fruchtwasseruntersuchungen und in vitro fertilisation.

INTEGRATIVE SCHULVERSUCHE - POSITIVE ENTWICKLUNG

(phoenix)

Nach Ansicht der Initiative "Schule ohne Aussonderung" hat die 11. Novelle zum österreichischen Schulunterrichtsgesetz (SCHUG) mit dem Schuljahr 1988/89 den integrativen Schulversuchen eine eindeutig positive gesetzliche Basis verschafft. Die Schulversuchedienen der Erprobung von Maßnahmen, die künftig einen gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht-behinderter Kinder ermöglichen sollen. Die Versuche laufen in Klassen der Volks- und Hauptschulen bis zur achten Schulstufe, sowie im Polytechnischen Lehrgang. In den einzelnen Versuchsklassen können Lehrpläne verschiedener Schularten und Schulstufen angewendet werden. Im heurigen Schuljahr gibt es österreichweit rund 50 integrative und rund 30 sogenannte "kooperative" Klassen.

Kooperative Klassen sind an eine Hauptschule angeschlossen, unterstehen formal aber noch der zuständigen Sonderschule. Dazu kommen noch StützlehrerInnen zur individuellen Integration behinderter Kinder in allgemeinen Klassen. Insgesamt hat sich die Zahl der integrativen Schulversuchsklassen gegenüber dem Vorjahr verdreifacht. Nach dem Gesetz sind "zur Berücksichtigung der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen Unterrichtsformen und Differenzierungsmaßnahmen zu erproben, die ein größtmögliches Ausmaß an gemeinsamen Lernprozessen ermöglichen." Bei Bedarf ist eine zusätzliche/r sonderpädagogisch geschulte/r LehrerIn heranzuziehen.

In jedem Bundesland dürfen allerdings nur 10% der Sonderschulklassen als integrative Schulversuchsklassen geführt werden; das wären maximal 250 in ganz Österreich. Dadurch ist zu befürchten, daß es - da die Schulversuche bisher hauptsächlich an Volksschulen durchgeführt wurden - an den Hauptschulen und Gymnasien nur geringe Möglichkeiten geben wird. Zudem ist das Gesetz bis zum Schuljahr 1992/93 befristet.



VertreterInnen der Initiative warnen zudem, daß damit allzu rasch ein Übergang von Schulversuchen zum Regelschulwesen erzwungen wird, der wenig Raum für umfassende und flexible Regelungen zugunsten eines erfolgreichen gemeinsamen Unterrichts läßt. So könnte vor allem der alte Streit um die Gesamtschule die Integrationsbemühungen ab der fünften Schulstufe unnötig belasten.

ÖSTERREICH & GEGENWARTSLITERATUR

(TATblatt/gn)

Daß Österreich in Sachen Gegenwartsliteratur ein trister Sumpf ist, liegt sicher nicht am Mangel guter österreichischer AutorInnen. Daß es dennoch so ist, zeigt sich allemal nach einem Rundblick aufs Angebot etablierter heimischer Verlage. Freilich noch eindringlicher offenbart sich diese Tatsache beim Durchstöbern der meisten Buchhandlungen.

Warum die überwiegende Mehrzahl der österreichischen AutorInnen von größeren bzw. großen Verlagen nicht verlegt werden und somit ein karges Leben fristen müssen, hat im wesentlichen zwei Gründe:

1.) Die für heimische Verhältnisse potenten Verlagshäuser (z.B. Residenz, Medusa) mit hoher Auflagenkapazität, vor allem aber mit Zugang zum Monopolwesen des "Hauptverbands des österreichischen Buchhandels"; sind an Institutionen wie Bund, Länder, Städte und Kirche gebunden. Daraus ergibt sich eine klare Interessensvertretung, die die Auswahl der zu publizierenden AutorInnen bestimmt. Richtlinien hierfür werden nicht - wie nötig - erstrangigsten Qualitätsansprüche geknüpft, sondern die inhaltliche Übereinstimmung von AutorIn und Institution ist das primäre Kriterium, welches über sein oder nicht sein entscheidet. Nachdem in Österreich bekanntlich eine "Tugend" wie Autoritätshörigkeit (als Beispiel) einen höheren gesellschaftlichen Wert besitzt - vom Staat gleichsam gewünscht und gefördert wird - als "lebendige" Kritik, ist es kein Wunder, daß bedeutsamen LiteratInnen, die jedwiligen Integrationsversuch in die gängigen Schablonen widerstehen, de facto die letzte Chance übrig bleibt, nach ihrem Tod, als zu Lebzeiten mißverstandene KünstlerInnen erkannt zu werden.

2.) Das Monopoliinteresse an Buchhandel und -vertrieb des "Hauptverbands des österreichischen Buchhandels" tut sein übriges. Strukturiert wie alle an der "freien Marktwirtschaft" orientierten Unternehmen ist er auf deftige Umsatz- und Profitraten erpicht. Würde erst ein(e) AutorIn von den Institutionen zur Assimilation gezwungen und das Produkt "salonfähig" gemacht, so darf mensch sich jetzt an den mickrigen 10% vom Ladenbuchpreiserfreuen.

Zynisch formuliert heißt Umgang mit GegenwartsliteratInnen auf österreichisch etwa so: Wer nicht publiziert wird, bekommt kein Geld. Wer kein Geld hat, bekommt Hunger. Wer

Hunger hat, bekommt Depressionen. Wer Depressionen hat, wird kreativ. Wer kreativ ist, ist künstlerisch wertvoll. Folge: Veröffentlicht wird später - nach dem Tod. Logik: Tote sind billiger.

Friederike Mayröcker - Ein Lehrbeispiel

Daß das Gesamtwerk Friederike Mayröckers später zur Gänze publiziert und von ProfitmacherInnen ausgeschlachtet wird, ist bar jeder Spekulation, sondern kann vielmehr als gesichert gelten. (Vielleicht gibts dann einen Mayröckerpreis?) Schon heute bekommt sie sehr viel Applaus und Anerkennung für ihr Werk. Sie, die Mitglied des berühmten "Wiener Kreises" war, 1982 den Staatspreis für Literatur bekam und obendrein in sämtlichen Schul- und Sachbüchern als bedeutsame Autorin angeführt wird, ist ein absolutes Muß für jede(n) Lyrik- und ProsaliebhaberIn. Sie lebt am Existenzminimum.

Projekt Herbstpresse - Ein Kleinstverlag

Die unerträgliche Situation, daß es jungen, der Öffentlichkeit unbekanntem AutorInnen unmöglich war und ist, ihre Schriften zu veröffentlichen, veranlaßte den Wiener Schriftsteller Werner Herbst, 1970 die Herbstpresse zu gründen. Der Verlag ist ein Einmannbetrieb, in dem sich die Auswahl der AutorInnen ausschließlich nach qualitativen Kriterien richtet. Bücher von in Fachkreisen geschätzten, von Großverlagen geschmähten, daher in der Öffentlichkeit unbekanntem Namen wie Gerhard Jaschke, Heimrad Bäcker, Elfriede Gerstl, Walter Pilar, Erwin Puls, Heinz Unger, Arthur West, Geri Wulz u.a. gehören zum Repertoire des Kleinstverlags. Mit einer jährlichen Kapazität von ca. vier Bänden, einigen Einblattdrucken und hin und wieder einer Cassette kann die Herbstpresse die österreichische Misere in Punkto Gegenwartsliteratur sicher nicht aufheben, aber sie tritt ihr mit viel Engagement und Ausdauer entgegen. Außerdem ist sie ein Beweis dafür, daß es in Österreich hervorragende, überaus "lebendige" SchriftstellerInnen gibt, die nicht bereit sind, tatenlos zuzusehen, wie sie von institutionalisierten Verlagshäusern ignoriert oder zensiert werden und wie Österreichs Literaturlandschaft zum Schrottplatz heimischen Kulturempfindens wird.

erschienenen 1983

JOHANN KIENZBERGER
FRIEDERIKE MAYRÖCKER
WALTER PILAR



Erstpreise



GESPRÄCH ZWISCHEN GEMEINDE WIEN UND WUK ERGEBNISLOS

Wien (TATblatt). - Zu einem Gespräch über die Situation des noch immer von der Hausgemeinschaft Aegidi/Spalo besetzten Werkstätten- und Kulturhauses (WuK) trafen sich vergangenen Donnerstag 3 Vertreter des WuK mit Bürgermeister Zilk und den StadträtInnen Smejkal, Edlinger und Pasterk.

Die vier PolitikerInnen bemühten sich darzulegen, daß sie dem WuK auf keinen Fall schaden wollen. So wurde etwa die Weigerung, mit dem Haus einen neuen Vertrag zu unterzeichnen, solange den BesetzerInnen Unterkunft gewährt wird, zurückgenommen.

Auf die Forderung des WuK, der Hausgemeinschaft Aegidi/Spalo endlich ein adäquates Haus zur Verfügung zu stellen, reagierten die GemeindevertreterInnen jedoch mit der bereits hinlänglich bekannten Antwort: Das - mehrfach abgelehnte - Angebot eines Objektes am Albernert-Hafen sei nach wie vor aufrecht. Ein vom WuK ausgearbeiteter Vorschlag für ein geeignetes Haus werde bis Montag geprüft. Ein Ergebnis dieser Prüfung war bei Redaktionsschluß nicht bekannt, die WuK-Vertreter zeigten sich jedoch skeptisch.

PYHRN

UNVERÖFFENTLICHTE STUDIE ZUM
PYHRNAUTOBAHNBAU:
700 MIO. VERLUST FÜR DIE ÖBB

(phoenix)

Ein zweigleisiger Ausbau der Pyhrn-Bahn und die Sanierung der derzeitigen Schoberpaß-Bundesstraße könnte den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) einen Gewinn von jährlich 463 Mio. Schilling einbringen; der geplante Bau der Pyhrnautobahn bei parallelem Ausbau der Bahn dagegen einen Verlust von 239 Mio. Die jährliche Differenz wäre für die Bahn daher 700 Mio. öS. Das geht aus einer zur Veröffentlichung nicht freigegebenen Studie - sie ist der Bundesregierung bekannt, wird aber unter Verschluss gehalten - mit dem Titel "Ökologische Verträglichkeit und Auswirkungen des Eisenbahnbaues über den Schoberpaß" hervor. Die Untersuchung nimmt nicht nur zu wirtschaftlichen, sondern auch zu verkehrs-, energie- und umweltpolitischen Problemen Stellung.

"Der Ausbau der Pyhrnautobahn hat gegenüber einer zweigleisigen Führung der Bahnlinie massive ökonomische und ökologische Nachteile, aber auch finanzpolitische Konsequenzen unabsehbarer Tragweite", heißt es in der Studie. Die derzeitige Auslastung der eingleisigen Bahn erreicht im Mittel 91%, die der Bundesstraße dagegen nur 36%. Von der unbedingten Notwendigkeit eines Autobahnbaus kann somit keine Rede sein.

Durch die Verlagerung des Transitverkehrs auf die Schiene, bei gleichzeitiger Verschärfung der Geschwindigkeitskontrollen auf der Straße und ohne Autobahnbau, könnte die Unfallrate gegenüber dem heutigen Stand um 50% gesenkt werden. Der Ausbau der Autobahn würde die Verkehrssicherheit eindeutig verringern, rund 15% mehr Unfälle wären die Folge. Der Energieverbrauch würde mit der Variante ohne Autobahn um 34% sinken, mit Autobahnbau um das Zweifache steigen.

Ökologisch wäre die Autobahn eine Katastrophe für die Alpenwälder. Außerdem benötigt die Autobahn zehn Prozent der Talfläche, der Ausbau der Bahn nur drei Prozent. Die winterliche Salzstreuung auf der Straße würde das Grundwasser verseuchen. Der Nutzen eines Bahnausbaues wäre auch in puncto Beschäftigung

erheblich höher, als die Errichtung der Autobahn. Die geplante Pyhrnroute ist durchaus vergleichbar mit der Brenneroute im heutigen Verkehrszustand. Die AutorInnen der Studie kommen daher zum abschließenden Urteil, daß es nicht verantwortbar ist, eine weitere Belastung dieser Größenordnung für die Alpenregion zuzulassen. Der Ausbau der Schoberpaß-Bahn würde hingegen nicht nur den ÖBB Gewinne bringen, sondern auch die verkehrlichen und ökologischen Auswirkungen des Verkehrs weitgehend verringern.

LANDESHAUPTMANN KRAINER
BEHARRT AUF PYHRNAUTOBAHN

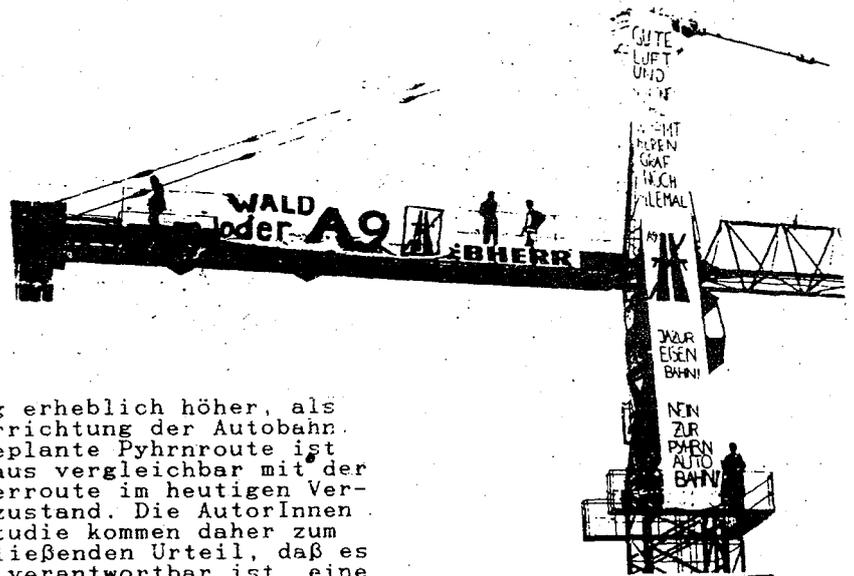
(phoenix, BI Schönes Liesingtal;
TATblatt)

Ein Gespräch der BürgerInneninitiative "Schönes Liesingtal" und AnrainerInnen der geplanten Pyhrnautobahn (A-9) mit dem steirischen Landeshauptmann Krainer am 22. November verlief für die UmweltschützerInnen erfolglos. Krainer beharrt weiterhin auf dem Ausbau der Pyhrnstrecke.

Nach Angaben der UmweltschützerInnen konnten Krainer und Verkehrskoordinator Hofrat Dipl.-Ing. Christian Theußl die Argumente gegen einen Weiterbau nicht widerlegen, hielten aber an ihrem Standpunkt - "Die Mehrheit der Steirer ist für den Bau" - fest. Der vorgeschlagene Ausbau der Bahnlinie könne nach Meinung der Politiker das Verkehrsaufkommen nicht bewältigen.

Dem widersprechen die AutobahngegnerInnen. Sie berufen sich dabei auf eine unveröffentlichte Studie (*), derzufolge für die ausgebaute Bahnlinie im Jahr 2000 sogar noch eine Leistungsreserve von 32% bestünde.

Durch den Bau der A-9 hingegen, befürchtet die BürgerInneninitiative, wäre die Pyhrn-Eisenbahn sogar von der Einstellung bedroht. Bereits jetzt werden 92% der Gütertransportauf



dieser Strecke auf der Straße durchgeführt. Am Brenner sind es "nur" 79%.

Kontakt und Information:
BI Schönes Liesingtal ohne Pyhrn,
8770 Kalwang 70 B

*) siehe oben

ALTERNATIVE AKTIONÄRINNEN
"KAUFEN SICH" DIE
VERBUNDGESELLSCHAFT

(phoenix; cp)

Da die Österreichische Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) Ende November erstmals Aktien zum Verkauf anbot, schlugen mehrere Ökologiegruppen den Kauf dieser Papiere vor. Dadurch besteht die Möglichkeit, bei der jährlichen Hauptversammlung durch das Rede-, Antrags- und Stimmrecht Fragen nach dem Kraftwerksausbauprogramm, oder nach Energiebedarfsprognosen, zu stellen.

Bewährt hat sich diese Methode bereits bei den Steyr-Aktien, der Länderbank und der CA. Einzelne Verbundaktien können bei den "Freunden der Erde" (Reinlgasse 34/28, 1140 Wien) bestellt werden. Wer sich außerdem für weitere Aktienkäufe von Steyr interessiert, bekommt nähere Auskünfte bei der "Initiative Steyr-Aktionäre für Umrüstung", Ebendorferstraße 8, 1010 Wien.

UNZUREICHENDE SOZIALE ABSICHERUNG BEI BERUFSBEDINGTEN HAUTERKRANKUNGEN

(Phoenix/gn)

In Österreich werden jährlich mehr als tausend neue Stoffe in unterschiedlichen Arbeitsbereichen – teilweise ohne genaue Kenntnis über deren Wirkung auf den menschlichen Organismus – eingesetzt. Im Arbeitnehmerschutzgesetz ist zwar genau verankert, daß ein Arbeitgeber nur dann einen Arbeitsstoff einsetzen darf, wenn mögliche Gefahren bekannt und entsprechende Schutzmaßnahmen eingehalten werden. "Doch leider geschieht dies nur selten", schreibt Christa Sedlatschek im "Lehrer-Service" der Arbeitsgemeinschaft Umwelterziehung und beleuchtet am Beispiel berufsbedingter Hauterkrankungen die daraus resultierenden Probleme für die Arbeitnehmer, wie Berufswechsel, Arbeitslosigkeit und unzureichende finanzielle Unterstützung.

Die für den Arbeitnehmerschutz verantwortlichen Behörden, das Arbeitsinspektorat und die bezirksverwaltungsbehörden, würden, so Sedlatschek, nicht immer ausreichend über den Einsatz gefährlicher Stoffe informiert. Intensive Kontrollen der einzelnen Behörde nur vereinzelt möglich.

Eine wichtige Rolle beim Auftreten berufsbedingter Hautkrankheiten spielt die Arbeitsmedizin. Ihre Aufgabe besteht darin, Gesundheitsgefahren rechtzeitig zu erkennen sowie vorbeugende Maßnahmen zu erarbeiten, durchzusetzen und Ersatzstoffe ausfindig zu machen. ArbeitsinspektionsärztInnen sind gesetzlich verpflichtet, regelmäßig zu kontrollieren, ob gesundheitsschädigende Chemikalien am Arbeitsplatz eingesetzt werden. Wenn ja, müssen in der Folge strenge Sicherheitsmaßnahmen vorgeschrieben und rigoros kontrolliert, oder ein generelles Anwendungsverbot ausgesprochen werden.

Berufsbedingte Hautkrankheiten – und nicht nur diese – zwingen die Betroffenen meist zur Aufgabe der Tätigkeit. Selbst dann, wenn Schutzmaßnahmen eingehalten werden, da die Anfälligkeit besteht. In solchen Fällen schreibt das Arbeitsinspektorat dem Arbeitgeber vor, einen entsprechenden Ersatzarbeitsplatz zur Verfügung zu stellen. "Der Arbeitgeber kann aber", so Sedlatschek, "die Kündigung mit der



vorgeschobenen Begründung, keinen weiteren Arbeitsplatz anbieten zu können, aussprechen." Somit führen berufsbedingte (Haut-)Erkrankungen oft direkt in die Arbeitslosigkeit.

Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt ist für die Anerkennung und Entschädigung von Berufskrankheiten zuständig. Hauseigene GutachterärztInnen entscheiden, ob ein Krankheitsfall in direktem kausalem Zusammenhang mit der Berufstätigkeit steht. Laut Berufskrankheitsliste (ein Anhang zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, ASVG) wird die Entschädigung in Österreich nur gezahlt, "solange die Hauterkrankung zur Aufgabe der schädigenden Erwerbstätigkeit zwingt". Das bedeutet aber, daß es unbedingt notwendig ist, den Arbeitsplatz aufzugeben, um eine finanzielle Abgeltung zu bekommen. Ein oder zwei Jahre später führt die Unfallversicherungsgesellschaft eine weitere Begutachtung durch. Wird dabei der Hautzustand

unter 20 Prozent MdE (Minderung der Erwerbstätigkeit) eingestuft, entfallen in Hinkunft sämtliche Zahlungen, obwohl der/die Geschädigte nicht wieder zu seinem früheren Arbeitsplatz zurückkehren kann. Deutlich sei an diesen besonders strengen Richtlinien zu erkennen, daß "die soziale Absicherung von ArbeitnehmerInnen, die unter berufsbedingten Hautkrankheiten leiden, nur unzureichend gegeben ist", betont Sedlatschek. Es sei daher zu fordern, daß der Einsatz von Schadstoffen am Arbeitsplatz strengeren Kontrollen unterworfen werde. Neue Arbeitsverfahren seien nur dann zu genehmigen, wenn gesundheitliche Beeinträchtigungen mit Sicherheit ausgeschlossen werden könnten. Auch müßte eine gerechtere finanzielle Entschädigung für ArbeitnehmerInnen, die wegen berufsbedingter (Haut-)Krankheiten zur Aufgabe ihres Arbeitsplatzes gezwungen sind, von Seiten der Sozialversicherungsanstalten gesichert werden.

ZUR NOVEMBER-POGROM-NACHT

(IGARA)

Anlässlich des Jahrestages (9./10. November) hatte es dutzende "Gedenkveranstaltungen" aller möglicher offiziöser Vereinigungen gegeben, oft unter Beteiligung von Politikern, die maßgeblich daran beteiligt sind, daß der Antisemitismus nach wie vor in Österreich wuchert, daß den damals vefolgteten jüdischen Österreichern bzw. ihren Nachkommen weiterhin nur zäh oder gar nicht "Entschädigungen" gewährt werden. Am Morgen des 10. November war dann ziemlich klar: Die Rechnung des "offiziellen" Wien war aufgegangen: "Gedenken" und "Trauer" statt Aktivitäten gegen den aktuellen, ungebrochenen Antisemitismus. In perfektem Zusammenspiel mit den Drohungen der (diesmal untätigen) Faschisten war der Großteil der "Szene" in passiver Erstarrung gehalten worden. Defensive war die Hauptparole dieser Nacht gewesen, als ob wir heute einer übermächtigen faschistischen Macht gegenüber stünden. An diesem Bild ändert auch nichts die bemerkenswerte Veranstaltung der ÖH (Österreichische Hochschülerschaft) am Juridicum, wo bis in die späte Nacht und am nächsten Tag Beiträge zur jüdischen Kultur und beeindruckende Filme zum Thema Antisemitismus und Shoa (Holocaust) gezeigt wurden, sowie die Aufklärungsveranstaltung des Republikanischen Klubs in der Kärntnerstraße am nächsten Tag und davor am Flughafen. Umso erfreulicher waren dann die Meldungen über einzelne Aktionen, die in der Folge bekannt wurden:

- Der Lueger-Ring und der Lueger-Platz waren über Nacht umbenannt worden: "Straße (bzw. Platz) der Opfer des Antisemitismus" lauteten die neuen Straßenschilder, die zwei Wochen lang hingen, bis die Stadtverwaltung die alte antisemitische Sauberkeit wieder herstellen ließ.
- In der Innenstadt waren Parolen zu lesen, wie "Tod dem Faschismus!" am damals "arisierten" Herzmannsky; "Niemals vergessen!" bei der ehemaligen SS-Zentrale (Apollo-Kino), "Arisierer" auf der CA usw.

- Und am Titanic, wo seit einiger Zeit keine "arabisch aussehender Männer" mehr eingelassen werden, wurde zum "Boykott" gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus aufgerufen.

IGARA (Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, c/o Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien) 23.11.88



Seit dem 10. November haben der Dr. Karl Lueger-Ring und der Dr. Lueger-Platz neue Namen.

zuerst einmal ist der wunsch mit der heirat.
erfüllt.
dann ist einmal der wunsch mit dem kind.
erfüllt.
dann ist der wunsch mit der größeren wohnung.
erfüllt.
der wunsch nach einem haus und einem garten.
erfüllt.
das auto war von anfang an ein großes.
jetzt ist es ein neues.
dann ist der herr abteilungsleiter geworden.
super.
dann ist der herr an der spitze.
super.
die frau hat im lotto gewonnen.
selbstständig.
die kinder sind die besten in der schule.
die schönsten im ganzen land.
die gesündesten auf der welt.
nicht schlecht.
bestes verständnis gibt es mit den schwiegereltern,
mit den verwandten, mit den kindern der verwandten,
mit den bekannten der verwandten, mit den bekannten
der bekannten und mit allen haustieren.
im haus ist aufgeräumt.
das essen steht bereit.
der beste wein wartet.
alle lieben dich.
du bist emanzipiert.
deine frau ist an der spitze einer größeren firma.
super.
dein konkurrenzunternehmen.
super.
deine kinder sind auch ihre kinder
eure kinder werden auch im ernstesten leben die besten
staatspräsidenten,
und dann erschossen sich alle.
super.

Stephan Eibel

MÜNCHNER VERSAMMLUNGSKUNST:

Abtauchen ~ Auftauchen

(TATblatt)

Am Montag, 14. November, sollte in der "Manege", einem Musiklokal im Münchner Stadtteil Ramersdorf, die geplante Informationsveranstaltung zum sog. "Zunfthausprozeß" stattfinden. Gegenstand dieses Prozesses, der sich zur Zeit vor dem Bayrischen Obersten Landesgericht abspielt, ist selbst eine Veranstaltung: Vor zwei Jahren räumten 5 Polizeihundertschaften die Gaststätte "Zunfthaus", wo sich über 200 Menschen über die Situation der politischen Gefangenen in der BRD informieren wollten. Gegen die angeblichen Veranstalter leitete die Bundesanwaltschaft Verfahren wegen Werbung für die RAF ein (Tatblatt berichtete).

Seit der "Zunfthaus"-affäre gibt es in München eine Welle von Veranstaltungsverböten und -räumungen; zum öffentlichen Vertreten abweichender Meinung und radikaler Schlußfolgerungen soll es gar nicht erst kommen. So erließ das Kreisverwaltungsreferat als oberste Ordnungsbehörde der Stadt für die Prozeß-Veranstaltung einen Auflagenbescheid, der die VeranstalterInnen zu Hilfspolizisten machen sollte. "Der Veranstalter", so das KVR, habe einzuschreiben, "sofern ihm etwaige strafbare Äußerungen (z.B.: "Wir sind nicht alle, es fehlen die Gefangenen") erkennbar, bzw. vom polizeilichen Einsatzleiter mitgeteilt werden".

Um 19.45, eine Viertelstunde vor Veranstaltungsbeginn, bestätigt das Verwaltungsgericht die Zensuraufgaben. Eine weitere Stunde zuvor hatte die Polizei schon das Terrain gesichert. USK-kommandos an allen U-Bahnausgängen, Krankenwagen und auch ein mobiles Büro durfte nicht fehlen. An allen Straßenecken rund um die "Manege" lüdt die Polizei Absperrgitter ab. Im Saal haben Staatsschutzbeamte bereits ihr Tonbandgerät aufgebaut.

Fehlen nur noch die Gäste. Die stehen vor der Tür im Regen und verspüren wenig Lust, sich in die Mausefalle zu begeben. Vor etwa 250 Menschen sagen schließlich die VeranstalterInnen und ReferentInnen die Veranstaltung ab. Unter solchen Bedingungen ist keine freie Diskussion möglich. Faktisch kämen die Auflagen einem Verbot gleich! Michael Moos, Verteidiger von Janin, meint, er könne nicht sprechen, wenn er damit rechnen müsse, danach wegen Unterstützung der RAF angeklagt zu werden. Auf die Zurufe des Publikums "Faschismus", "Zensur", "Polizeistaat", erklärt der Referent Bakker-Schut, Autor des Buches "Stammheim", er fände es unangemessen, sich über die staatlichen Maßnahmen zu empören, schließlich müsse nach mehr als zehn Jahren Isolationshaft der Charakter des BRD-Staates doch hinlänglich bekannt sein.

Unter den ZuhörerInnen spricht sich herum, daß in der TU-Mensa ein Ersemesterfest stattfindet, und der Zufall will es, daß fast alle Anwesenden beschließen, ihren Kummer über die bayrischen Verhältnisse ausgerechnet dort zu ersäufen.

22 Uhr, TU-Mensa Arcisstraße. Die VeranstalterInnen des Ersemesterfestes räumen den von der Staatsmacht verfolgten großzügig das Recht ein, ein wenig zu diskutieren, die Band macht Pause und vor inzwischen über 500 ZuhörerInnen berichtet Michael Moos von der "weißen" Folter, der die Gefangenen ausgesetzt sind, die sich nicht "resozialisieren" lassen, die auch im Knast an ihrer politischen Identität festhalten. "Die Gefangenen sollen gebrochen werden".

In seinem Referat nennt Bakker-Schut die Zusammenarbeit zwischen höchsten Stellen, wie z.B. dem Bundeskanzleramt, den Geheimdiensten und privaten, verdeckten Organisationen einen "schmutzigen Krieg". Der faschistische Ap-

parat, der mit der Ermordung der RAF-Gefangenen 1977, mit der Verfolgung der Verteidiger und der Legalisierung der Isolationsfolter wiederholt bewiesen habe, daß er bereit sei, zum Äußersten zu gehen, werde ständig weiterentwickelt, finanziert von der Industrie, von VEBA, Flick, Siemens. "Die Konfrontation zwischen RAF und Staat", so Bakker-Schut, "ist nur der schärfste Ausdruck des Zusammenbruchs des gesellschaftlichen Konsens".

Eine Redepause dient der Verkündigung militanter Nachrichten: In Hamburg haben "SympathisantInnen" aus Solidarität im Vorbeigehen ein paar Scheiben eingeworfen. Nach ausgiebigen Sprechchören beschreibt Binswanger, Mitglied des Schweizer Anti-Folter-Komitees, die unterschiedlichen Aufstandsbekämpfungsdoktrinen in armen Ländern der "3. Welt" und in den imperialistischen Zentren. Dort völlige Militarisierung der Gesellschaft, hier Kontrolle, Überwachung und sozialdemokratische Integrationsversuche. Hier wie dort die strategische Zielsetzung, revolutionäre Gruppen zu eliminieren, hier wie dort die zunehmende Verfolgung nicht nur der militanten Kräfte, sondern auch die Bekämpfung der antiimperialistischen Öffentlichkeitsarbeit. In diesem Zusammenhang sei auch der Prozeß gegen Janin und Wolli zu sehen.

0.15, Ende der Veranstaltung, ausgelassenes Fest. Die erstaunte Freude darüber, daß in München solche Sachen vor 500 Menschen gesagt werden, zeigt, wie sehr die Verfolgung freier Meinungsäußerung in Bayern schon als selbstverständlicher Alltag empfunden wird. Das amtliche Redeverbot konnte im Fall dieser Veranstaltung durch geschickte örtliche Verlagerung buchstäblich umgangen werden; von einer Durchsetzung der Veranstaltung und damit einem Durchbrechen des Versammlungsverbots kann allerdings nicht gesprochen werden.

DIE ZEITUNGEN UND DIE ARBEITER

ANTONIO GRAMSCI

Antonio Gramsci (1891-1937)

Die "bedeutendste politische Persönlichkeit des Sozialismus in Italien" war einer der Mitbegründer der KPI und 1924 einer ihrer Abgeordneten. Als Student in Turin schloß er sich der sozialistischen Bewegung an und wurde alsbald zu einem der wichtigsten Vertreter ihres linken Flügels. Er wurde zusammen mit vielen anderen 1925 nach der Verabschiedung eines Gesetzes, welches die Presse- und Vereinigungsfreiheit liquidierte und den Auftakt für die völlige Faschisierung der Gesellschaft bedeutete, verhaftet.

"Das Werk von Antonio Gramsci war von Grund auf antidogmatisch und antistalinistisch", seine "Konzeptionen waren mit der unreflektierten Interpretation der Philosophie, der Dialektik, der Erkenntnistheorie usw. ebensowenig in Einklang zu bringen wie mit dem stalinistischen Prinzip der monolithischen Partei, des demokratischen Zentralismus, in dem die Demokratie völlig verschwindet, und mit der Präntention, das sowjetische Modell der Revolution und des Sozialismus sei das allein mögliche und damit verpflichtende."

"Die theoretischen Auffassungen Gramscis stammen hauptsächlich aus dieser letzten Periode, als er im Gefängnis das wissenschaftliche Studium einer Reihe von Fragen - angefangen mit Philosophie, Literatur und Geschichte bis hin zur Problematik des Katholizismus, des Intellektuellen usw. - in Angriff nahm."

Gramsci starb 1937 nach 12 Jahren Haft im Gefängnis.

alle Zitate aus "Geschichte des Marxismus", Predrag Vranicki, Frankfurt a.M. 1972

In diesen Tagen wird Reklame für Zeitungsabonnements gemacht. Die Direktoren und Geschäftsführer der bürgerlichen Zeitungen dekorieren ihr Ladenfenster, lackieren hurtig ihr Firmenschild frisch und lenken die Aufmerksamkeit der Passanten (also des Lesers) auf ihre Ware. Die Ware ist jenes vier- oder sechsseitige Blatt, das allmorgendlich oder allabendlich in den Geist seiner Leser die den Erzeugern und Vertreibern des bedruckten Papiers genehme Denk- und Urteilsweise über die politischen Geschehnisse einträufelt. Wollen wir versuchen - besonders mit Arbeitern -, über die Bedeutung und Wichtigkeit jener anscheinend so harmlosen Handlung des Auswählens einer zu abonnierenden Zeitung zu sprechen? Diese Wahl birgt Hinterhalte und Gefahren, sie sollte bewußt, mit Verstand, nach reiflichen Überlegen getroffen werden. Der Arbeiter muß vor allem kategorisch jegliche Solidarität mit der bürgerlichen Zeitung ablehnen. Er sollte immer und immerzu daran denken, daß die bürgerliche Zeitung (ganz gleich welcher Couleur) ein Kampfinstrument ist, welches von ihm entgegengesetzten Interessen gelenkt wird. Alles, was sie bringt, ist beständig von einem Gedanken geprägt: der herrschenden Klasse zu dienen; und dies setzt sich unweigerlich in eine Tatsache um: sie bekämpft die arbeitende Klasse. Dieses Anliegen verspürt und artikuliert die bürgerliche Zeitung in der Tat von der ersten bis zur letzten Zeile. Das Schönste freilich - also das Schlimmste - dabei ist: statt zu ihrer Unterstützung Geld von der bürgerlichen Klasse zu verlangen, weil sie deren Interessen verfißt, bringt es die bürgerliche Zeitung zuwege, daß... eben jene arbeitende Klasse zahlt, pünktlich, großzügig. Hunderttausende Arbeiter entrichten regelmäßig, jeden Tag, der bürgerlichen Zeitung ihr Scherflein und tragen so dazu bei, ihre Macht aufzurichten. Weshalb? Fragt ihr das den erstbesten Arbeiter, den ihr in der Bahn oder auf der Straße, mit einer aufgeschlagenen bürgerlichen Zeitung antrefft, so wird er antworten: "Weil ich wissen muß, was es Neues gibt." Und es kommt ihm überhaupt nicht in den Sinn, daß die Nachrichten und die zu ihrem Anrichten verwendeten Zutaten so kunstvoll dargeboten sein könnten, daß sie sein Denken in einem bestimmten Sinne lenken und seinen Geist in einem bestimmten Sinne beeinflussen. Dabei weiß er wohl, daß diese Zeitung zopfig ist und jene andere *Moneten macht*, und daß die dritte, vierte, fünfte mit politischen Kreisen verbunden ist, deren

Interessen den seinen diametral entgegenstehen. Und derselbe Arbeiter stellt in eigener Person Tag für Tag fest, daß die bürgerlichen Blätter selbst die einfachsten Tatsachen so schildern, daß sie zum Vorteil der bürgerlichen Klasse und der bürgerlichen Politik und zum Schaden der proletarischen Politik und Klasse ausschlagen. Ein Streik bricht aus? Für die bürgerliche Zeitung sind stets die Arbeiter im Unrecht. Eine Demonstration findet statt? Die Demonstranten sind, schon weil es Arbeiter sind, allemal Unruhestifter, Aufwiegler, randalierender Mob.

Die Regierung erläßt ein Gesetz? Es ist in jedem Falle gut, nützlich und gerecht, auch wenn es... das ganze Gegenteil ist. Ein Wahlkampf spielt sich ab, um die Sitze im Parlament oder in den kommunalen Vertretungen? Über die besten Kandidaten und Programme verfügen stets die bürgerlichen Parteien.

Und reden wir nicht von all den Tatsachen, die die bürgerliche Zeitung entweder verschweigt oder verdreht oder verfälscht, um ihre werktätige Leserschaft zu hintergehen, zu täuschen, in Unwissenheit zu halten.

Trotz alledem kennt die schuldhaft Billigung der bürgerlichen Zeitung durch den Arbeiter keine Grenzen. Dagegen müssen wir auftreten und den Arbeiter zur richtigen Einschätzung der Wirklichkeit ermahnen.

Wir müssen sagen und immer wieder sagen, daß er mit jenem Scherflein, das er zerstreut in die Hand des Zeitungskäufers fallen läßt, der bürgerlichen Zeitung einen Schuß Munition liefert, den sie zu geeigneter Stunde gegen die Arbeitermassen abfeuern wird.

Wenn sich die Arbeiter von dieser ganz elementaren Wahrheit überzeugten, dann würden sie es lernen, die bürgerliche Presse mit der gleichen Geschlossenheit und Disziplin zu boykottieren, mit der die Bourgeoisie die Zeitungen der Arbeiter, also die sozialistische Presse, boykottiert.

Gebt der bürgerlichen Presse, die euer Gegner ist, keine finanzielle Unterstützung: so muß unser Schlachtruf in diesem Augenblick lauten, da alle bürgerlichen Zeitungen in einer Kampagne um Abonnenten werben. Boykottiert sie, boykottiert sie, boykottiert sie!

aus "Avanti!", Piemonteser Ausgabe, 22. 12. 1916

AUF DEN KOPF GESTELLT...

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen. Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein. Es wird regelmäßige offene Plena geben und viele Seiten für eure Meinung.

Die TATblatt-Minusnummern enthalten:

- Aktuelles
- Reportagen
- Presserundschau
- und einen Teil um das Projekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw ... und das alle vierzehn Tage.

Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe.

o Ja, ich will die TATblatt-Minus-Nummern ein halbes Jahr lang zugeschickt bekommen und bestelle daher hiemit Baustein(e) à ÖS 70.-

o Ich will nähere Informationen über die Mitgliedschaft in der U.I.I.

o Ich will

bitte ausschneiden, auf Postkarte picken und uns schicken.

An Möglichkeiten, das TATblatt finanziell zu unterstützen mangelt es keineswegs:

- 1.) TATblatt-Bausteine
Ein Baustein kostet S 70.-. Wir finanzieren mit dem Geld die Produktion der "Minus-Nummern". Als Baustein-KäuferIn erhältst du ein halbes Jahr lang alle vierzehn Tage die TATblatt-Minusnummern zugeschickt.
- 2.) Subskriptionsabos für die Zweitageszeitung
Mit Beginn der zweitäglichen Erscheinungsweise bekommst du das TATblatt drei mal wöchentlich zugeschickt. Wenn du das Abo bereits jetzt bezahlst, ermöglichst du uns, besser zu kalkulieren. Die Preise betragen:
250.- fürs Vierteljahr, 450.- fürs halbe Jahr und 850.- für ein ganzes Jahr.
- 3.) Mitgliedschaft in der "Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt". Dieser Verein ist Herausgeber des TATblatts (Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu). Die Mitgliedsgebühr kostet im ersten Jahr 1000.-
- 4.) kleine und große Spenden

Unser Konto:
P.S.K. 7547 212.

Unsere Adresse:
Unabhängige Initiative
Informationsvielfalt
Postfach 282
1050 Wien
oder:
Margareten Gürtel 122-124
Stiege 1/Keller
1050 Wien

Telefon:
(0222) 54 23 07
(Di 13-19 Uhr, Do 9-13 Uhr,
anderntags unregelmäßig)

Mailbox
(0222) 43 37 78
"phoenix-TATblatt"

TATblatt-Verkaufsstellen:

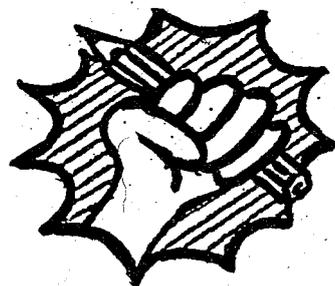
Buchhandlungen:

- *Buchwelt
1090 Wien, Schwarzspanierstraße 15
- *Frauenzimmer
1080 Wien, Lange Gasse 11
- *Kolisich
1010 Wien, Rathausstraße 18
- *Südwind
1010 Wien, Kleeblattgasse 4
- *Winter
1010 Wien, Landesgerichtsstraße 20
- *Reisebuchladen
1090 Wien, Kolingasse 6

ferner:

- *Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit
1010 Wien, Schottengasse 3a/1/59
(Mo-Fr 10-13 Uhr)
- *Club International
1160 Wien, Payergasse 14
- *Rotstilzchen
1050 Wien, Margaretenstraße 99 (Mo-Fr 18-2 Uhr)
- *WUK-PortierIn
1090 Wien, Währingerstraße 59
- *die Verkaufsstellen sollen selbstverständlich mehr werden. Auch in den Bundesländern soll ein TATblatt-Verkaufsnetz entstehen.

*Obendrein suchen wir HandverkäuferInnen im ganzen Österreich. (Provision S4.- pro verkaufter Nummer; Infos (0222)542307 Di 13-19 Uhr, Do 9-13 Uhr)



Impressum: Medieninhaberin: Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst, Soziale Verteidigung und Gewaltfreiheit; 1010 Wien, Schottengasse 3a/1/4/59

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

P.b.b.
Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt 1010

DVR 0558371

An